Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 355 · 31. JAHRGANG · AUSGABE 4/2025 VOM 11. APRIL 2025 · 1 EURO

3 | **Ein Leben im Dienst der Menschlichkeit**
Markus Wolf & Konrad Wolf

7 | **Bürger wurden seit 20 Jahren belogen**
Planfeststellungsverfahren B 167 neu

14 | **Reisebericht aus Senegal: »Eine völlig andere Welt«**
Halbmonde-Initiative sammelt Spenden

Erster Mai – Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse:

Achtstundentag *vor der Abschaffung?*

Mit der neuen Regierung droht ein neuer Schub beim autoritär-reaktionären Staatsumbau in der BRD

Einst hießen die Bündnisse von CDU/CSU und SPD in der Bundesrepublik Deutschland *»große Koalition«*. Zur jüngsten Bundestagswahl kamen diese beiden Parteien dank der per Fünf-Prozent-Klausel nicht mitgezählten Wählerstimmen im neuen Bundestag noch auf eine knappe Mehrheit. Was sie vom Wählerwillen halten, zeigten die Koalitionäre in spe schonmal ziemlich eindeutig, indem sie trotz erfolgter Neuwahl noch den alten Bundestag für weitreichende Grundgesetzänderungen nutzten.

Keine Schuldenbremse für Militärausgaben – da waren die einst vor ganz ganz langer Zeit mal als Friedenspartei angetretenen Grünen selbstverständlich bereit, noch in der alten Bundestagsbesetzung für eine Zweidrittelmehrheit zu sorgen. Immerhin retteten die Grünen damit die Linkspartei davor, daß sich deren Abgeordnete im neuen Bundestag gleich zu Beginn die Finger schmutzig machen müssen. Die verbliebenen Linken in der Linken können somit weiter hoffen.

Krieg und Hochrüstung sind aber nur eines der Themen, welche die neue *»Kleiko«* angehen will. Die Konkurrenzbedingungen für das deutsche Kapital sind – zum Teil selbstverschuldet infolge der antirussischen Sanktionspolitik – härter geworden. Sinkenden Profiten kann mit der Ausweitung der schuldenfinanzierten Staatsausgaben, besonderns mit Rüstung und kriegswichtigen Infrastrukturmaßnahmen, entgegengewirkt werden. Zweite Möglichkeit ist die Verbilligung der Arbeitskraft. Bereits eine schuldenbedingte Inflation läßt die Nettolöhne sinken. Aber das wichtigste Mittel zur Profiterhöhung war, ist und bleibt die Ausweitung der Mehrarbeitszeit. In den vergangenen Jahrzehnten spielte hier die kapitalintensive Rationalisierung die Hauptrolle. Künftig soll es wieder verstärkt um die extensive Ausweitung der Arbeitszeit gehen. Hier wollen die neuen Koalitionäre liefern.

Der Achtstundentag war eine der ältesten Forderungen der internationalen Arbeiterbewegung. Nach der blutigen Niederschlagung eines Generalstreiks für kürzere Arbeitszeiten im Mai 1886 in den USA, beschloß der Gründungskongreß der II. Internationale im Juli 1889, den nächsten 1. Mai zum internationalen Kampftag für den Achtstundentag zu erheben. Der 1. Mai wurde zum Kampftag der Arbeiterklasse.

In Deutschland führte die Novemberrevolution 1918 zum Achtstundentag. Nach den *»Wirtschaftswunderzeiten«* setzte sich in der alten BRD schließlich die 40-Stunden-Woche durch. In den 1980er Jahren begannen die BRD-Gewerkschaften um die 35-Stunden-Woche zu kämpfen, in einigen Branchen mit teilweisem Erfolg.

Davon ist heute nicht mehr die Rede. Im Gegenteil. Die designierte Regierung unter dem einstigen Chefvertreter von BlackRock in der BRD Friedrich März (CDU) will die Abwicklung des Achtstundentages und der 40-Stunden-Woche rechtlich dingfest machen. Das propagandistische Schlagwort, mit dem die Rückabwicklung der Ergebnisse von mehr als 135 Jahren Arbeiterkampf verschleiert werden soll, heißt *»Flexibilität«*. Damit wollen CDU/CSU und SPD die gesetzlichen Regeln zur Höchstarbeitszeit weiter aufweichen. Regelmäßige Zwölfstundenschichten oder mehr wären dann völlig *»rechtskonform«*. Es soll die EU-Arbeitszeitrichtlinie gelten, die eine Höchstarbeitszeit von 48 Wochenstunden festlegt, ohne die tägliche Stundenzahl zu regeln. Überdies steht zur Debatte, bundesweit einen Feiertag abzuschaffen.

Foto: Gerd Markkmann

Das Foto zeigt die traditionelle Demonstration am 1. Mai 2022. Sie fiel damals sehr dürftig aus. In diesem Jahr lautet das Motto der Gewerkschaften *»Mach Dich stark mit uns!«*. Es soll ein starkes zeichen für Solidarität, soziale Gerechtigkeit und die Rechte der Beschäftigten setzen. Konkrete Termine für die Mai-Veranstaltungen im Barnim lagen zum Redaktionsschluß noch nicht vor.

Dabei sind frühere Regelungen zum Achtstundentag und zur 40-Stunden-Woche längst aufgeweicht. Derzeit sind auch 10 Stunden und in Ausnahmefällen auch mehr pro Tag erlaubt, wenn 60 Stunden Arbeit pro Woche nicht überschritten werden und die Mehrarbeit im Laufe eines halben Jahres ausgeglichen wird. Die 40-Stunden-Woche gilt also schon jetzt nur im Durchschnitt.

Sollte die angehende Regierungskoalition unter Hardliner Merz ihre Pläne umsetzen, wäre die 40-Stundenwoche Geschichte, von 35 Stunden pro Woche als Regelarbeitszeit ganz zu schweigen.

Um Widerspenstige zahm zu machen, wollen die neuen Koalitionäre zugleich die *»soziale Hängematte«* für die »Arbeitsscheuen« und *»Faulen«* der Gesellschaft abräumen. Das sogenannte *»Bürgergeld«* soll nicht nur reduziert, sondern auch mit noch mehr Schikanen als das einstige *»Hartz IV«* versehen werden. Sanktionen bis zur totalen Streichung, eine maximale Minimierung der Leistungssätze und eine Rundumüberwachung von Betroffenen wird diskutiert.

Dies alles in einer Zeit, in der die Sanktionen endlich Erfolge zeigen. Zumindest für die BRD-Wirtschaft, die inzwischen für alle merkbar und mit zunehmender Dynamik in die Krise abgleitet.

Zur Rüstungsindustrie als einzige Boombranche gehört der allgemeine Sozialabbau, verbunden mit dem seit mehreren Jahren praktizierten autoritär-reaktionären Staatsumbau, als logisches Element dazu. In ein paar Wochen ist mal wieder Erster Mai. Kampftag der Arbeiterklasse, an dem es immer weniger zu feiern gibt.

GERD MARKMANN

Gewalt gegen Filmemacher

Der Film »NO OTHER LAND« ließ am 2. Februar viele Zuschauerinnen und Zuschauer laut eigener Aussage im Kino Eberswalde betroffen und sprachlos zurück. Den Menschen in den von Israel besetzten Gebieten hat der Dokumentarfilm über die Entrechtung und Vertreibung von Palästinensern dagegen eine Stimme gegeben. Die über fünf Jahre entstandene Langzeitdokumentation nimmt das Publikum mit ins Westjordanland. Schlaglichtartig wird Masafer Yatta, eine Ansammlung mehrerer palästinensischer Siedlungen 20 Kilometer südlich von Hebron zur Fallstudie für die tägliche Gewalt, Zerstörung und Vertreibung. »Die Kamera kann stärker sein als die Bulldozer«, schrieb ***Hamdan Ballal*** *vor einem Jahr. Der Fotograf gehört dem vierköpfigen israelisch-palästinensischen Kollektiv an, das hinter der Dokumentation steht. Vor einem Monat nahmen er und das Team einen OSCAR für den besten Dokumentarfilm entgegen.*

In der Nacht zum 24. Märzwurde ***Hamdan Ballal*** *während eines Überfalls illegaler Siedler auf sein Dorf verletzt und daraufhin von israelischen Sicherheitskräften verschleppt. Der Journalist ist mittlerweile wieder auf freiem Fuß, aber nicht in Sicherheit. Laut der UN-Flüchtlingshilfe wurden während der laufenden Militäroperation »Iron Wall« im Westjordanland über 40.000 Palästinenser vertrieben. Das Ausmaß der Vertreibungen und Zerstörungen habe es laut Ärzte ohne Grenzen so seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben. Es bahne sich eine humanitäre Krise wegen fehlender ärztlicher und grundlegender Versorgung für zehntausende Vertriebene an, warnte die Organisation. Der Angriff auf* ***Hamdan Ballal*** *kann nur als Racheakt interpretiert werden. Journalisten sind unbequeme Zeugen der illegalen Siedlungspolitik Israels und der fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen. Einen Tag nach dem Überfall auf* ***Hamdan Ballal*** *wurde der FAZ-Korrespondent Christian Meier von radikalen israelischen Siedlern festgehalten und später durch israelische Polizei vorübergehend festgenommen. Reporter ohne Grenzen zufolge wurden nahezu zweihundert Medienschaffende im Gazastreifen seit 2023 getötet. Mindestens zwanzig gezielte Angriffe auf palästinensische Medienschaffende habe es seit Beginn des Jahres im Westjordanland gegeben, siebzehn Medienschaffende sitzen in israelischen Gefängnissen.*

Wir protestieren gegen den Angriff auf ***Hamdan Ballal*** *und die fortgesetzte Besatzungs- und Kriegspolitik der israelischen Regierung. Es muß ein Leben in Selbstbestimmung und Frieden für alle Völker im Nahen Osten geben. Der Palästina Kreis Eberswalde wird weiterhin über die schreckliche Lebenssituation der Menschen in Palästina aufklären und sich für ein Ende von Krieg und Besatzung einsetzen.*

JAN LIESKE und SASCHA STANICIC

Gedenken an Flugzeugabsturz

Foto: Heiko Haase

Am 6. April gedachten Menschen aus Eberswalde und Umgebung den beiden auf dem Flugplatz Finow stationierten Piloten Hauptman Boris Wladimirowitsch Kapustin und Oberleutnant Juri Nikolajewitsch Janow, die vor 59 Jahren ihr Leben opferten, um vielen Menschen das Leben zu retten. Bei ihrem leichten Bomber vom Typ Jak 28 versagte wenige Minuten nach dem Start in Finow die Steuerung. Das steuerlose Flugzeug drohte auf dichtbesiedeltes Gebiet im Westberliner Bezirk Spandau zu stürzen. Kurz entschlossen entschieden sich die beiden, den Befehl zum Absprung zu ignorieren und eine Notlandung zu versuchen. Diese in Sekunden getroffene Entscheidung ergibt sich aus den Funkaufzeichnungen zwischen Maschine und Bodenstation. Doch der Versuch, das Flugzeug auf einem der Seen zu landen mißlang. Die Jak 28 stürzte in den Stößensee und beide Piloten starben. (BBP 4/2006)

Auftaktveranstaltung: Gemeinwohl-Region Barnim

Unter dem Motto *»Gemeinwohl-Region Barnim«* fand am 1. April die Auftaktveranstaltung der Initiative Gemeinwohl-Ökonomie Eberswalde-Barnim statt. Gemeinsam mit Akteuren aus Gesellschaft, Wirtschaft, Bildung und Politik wurde diskutiert, wie die Region Barnim zukünftig stärker auf das Gemeinwohl ausgerichtet werden kann. Ziel ist der Aufbau eines langfristigen Netzwerks, das diesen Wandel aktiv unterstützt.

Die Veranstaltung, die in den Räumlichkeiten der WITO Barnim stattfand und von Geschäftsführer Bernd Skudelny unterstützt wurde, bot den Teilnehmenden spannende Impulse und die Möglichkeit zum Austausch. Besonders bereichert wurde die Veranstaltung durch die Beiträge namhafter Gäste wie Sarah Polzer-Storek, Eigentümerin des gemeinwohlbilanzierenden Rofin Gewerbeparks und Prof. Dr. Jens Pape, Senatsvorsitzender der Hochschule Eberswalde. Landrat Daniel Kurth betonte die Bedeutung eines nachhaltigen und verantwortungsbewußten Wirtschaftens: *»Unternehmerisches Handeln, das nicht allein auf Gewinnmaximierung ausgerichtet ist, sondern auch Verantwortung für Gesellschaft und Umwelt übernimmt, ist ein zentraler Baustein für eine resiliente und lebenswerte Zukunft.«*

Die Initiative Gemeinwohl-Ökonomie Eberswalde-Barnim möchte das Leitmotto der LAG Barnim *»Wertschöpfung und Lebensqualität im Barnim – Zukunft durch Vielfalt und Kooperation«* aktiv unterstützen und insbesondere in der Anfangsphase Zeit und Energie investieren, um ein stabiles Netzwerk für den gemeinwohlorientierten Wandel zu etablieren und lädt alle Interessierten ein, sich dem Netzwerk anzuschließen.

Unterstützt wird dies ausdrücklich auch vom Landrat Daniel Kurth: *»Der Landkreis Barnim – und ich persönlich – unterstützen diese Bestrebungen aus voller Überzeugung. Wir setzen uns dafür ein, eine Wirtschaft zu fördern, die innovative Lösungen entwickelt, um Ressourcen zu schonen, faire Arbeitsbedingungen zu schaffen und regionale Wertschöpfungsketten zu stärken. Der Barnim ist ein Landkreis voller Innovation und Fortschritt – und genau hier liegt die Chance, gemeinsam neue Wege zu gehen. Gemeinwohlorientierung ist kein Nischenthema mehr – sie ist ein Leitbild für eine moderne, verantwortungsbewußte Wirtschaft.«*

MARIA KLEIMANN

Kontakt für weitere Informationen per eMail an:
eberswalde-barnim@econgood.org

Konrad-Wolf-Gala: Auftakt zum Jubiläumsjahr

Bernau (bbp-ber). *»Künstler, Ehrenbürger, Mensch«* hieß die Auftaktveranstaltung zum Konrad-Wolf-Jubiläumsjahr. Etwa 150 Gäste verfolgten am 14. März im Bürgersaal des Neuen Rathauses Bernau die angebotenen Vorträge, Erinnerungen und Filmvorführungen.

Mit einer originalen Filmaufnahme *»Dafür will ich gebraucht werden«* stieg Moderator Dr. Dieter Korczak in den besonderen Nachmittag ein. Die Aufnahme zeigt, wie Konrad Wolf in der DDR als Filmemacher und Kulturfunktionär wirkte. *»Konrad Wolf ist heute so aktuell wie zu seinen Lebzeiten. Er berührt mit seinen Antikriegsfilmen«*, so Dr. Korczak.

Konrad Wolf wuchs in einer Familie auf, die von sozialer Verantwortung und politischem Engagement geprägt war. Seine Eltern, der Arzt und Dramatiker Friedrich Wolf und Else Wolf, waren bekennende Kommunisten und Freunde der Sowjetunion. 1933 flüchtete die Familie vor den Nationalsozialisten, die ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannten, ins Moskauer Exil. So begann ein neues Leben. Konrad ging in der Sowjetunion zur Schule, knüpfte Freundschaften, erlebte Literatur und Kultur und lernte die Werte und Bräuche, die Sprache und das Leben der Menschen. 1943, mit 17 Jahren, trat Konrad Wolf von der Schule in die Sowjetarmee ein. Vom Vorgebiet des Kaukasus führte sein Kampfweg bis zu den Vorstädten Berlins. Am 16. April 1945 befand sich Konrad am Ufer der Oder, weiter ging sein Weg über Wriezen. Zwischen Börnicke und Bernau erhielt Wolf von Generalleutnant Perchorowitsch die Ernennung zum zeitweiligen Kommandanten der Stadt Bernau bis zur Ablösung durch einen ordentlichen Kommandanten. So wurde Konrad Wolf am 22. April 1945 neunzehnjährig für zwei Tage der erste sowjetischer Stadtkommandant.

Dieses Schlüsselerlebnis prägte den jungen Mann, der ohnehin mit seinem Vaterland haderte. Er sagte später selbst, daß er damals kein Deutscher sein wollte. Eindrücklich zeigt das sein autobiografischer Film *»Ich war 19«*, den er 1967 mit vielen Szenen in Bernau drehte und der am 6. Februar 1968 im *»Filmpalast Bernau«* Premiere hatte. Dieser Film zeigt somit nicht nur seine letzten Kriegstage, sondern auch, wie seine Verbindung zu Bernau entstand. *»Ich war 19«* gilt unter den Kunstkritikern als einer der wichtigsten antifaschistischen Filme überhaupt.

Bei der DEFA drehte Konrad Wolf in 27 Jahren insgesamt 15 Filme. Mit 39 Jahren wurde er 1965 Präsident der Akademie der Künste in der DDR. Dem Film und auch Bernau blieb er treu. Viele Kurzfilme, die in den siebziger und achtziger Jahren in Bernau entstanden, zeigen den Künstler Konrad Wolf, der immer wieder nach Bernau zurückkehrt.

Ende der 70er Jahre beschäftigte sich Konrad Wolf intensiv mit den Problemen der Stadt. Wohnraummangel war damals ein bestimmendes Thema. Der bauliche Zustand der Altstadtgebäude war aufgrund schwerer Schäden so schlecht, daß eine Rekonstruktion und Sanierung als unwirtschaftlich eingestuft werden mußte. Es folgten Abriß und industrieller Wohnungsbau innerhalb der mittelalterlichen Stadtmauern. Hier unterstützte Konrad Wolf maßgeblich. Er half bei der Planung und bei der Rekonstruktion der Innenstadt, die im Jahr 1979 begann. Wolf war dabei Teil der Jury zur Rekonstruktion des Zentrums und setzte sich durch mit dem Ziel, das historische Gesicht Bernaus zu erhalten, zum Beispiel durch denkmalgeschützte Einzelbauten. Auch trug er maßgeblich dazu bei, daß die Anzahl der neuen Wohngeschosse im Zentrum nicht höher als vier Etagen geplant wurden, um sich an den ursprünglichen Geschoßhöhen zu orientieren. Er begründete dieses Engagement als eine Art von Gebrauchtwerden, was die Dokumentation des Amateurfilmzentrums Bernau im Filmmuseum Potsdam eindrücklich zeigt. Die Veranstaltung war nur der Auftakt zum Konrad-Wolf-Jahr, in dem noch viele weitere Termine folgen sollen.

Ein Leben im Dienst der Menschlichkeit

Markus Wolf machte aus dem Trauma der Emigration eine Lebensaufgabe

Nach der großen Eröffnungsgala zum Konrad-Wolf-Jahr in Bernau waren die Erwartungen der Besucher zur URANIA-Veranstaltung am 27. März bereits hoch gesteckt. In einem umfangreichen Vortrag arbeitete sich Dozent Dr. Dieter Korczak an der wechselvollen Biografie von Markus Wolf, einem Sohn des Friedrich Wolf aus dessen erster Ehe, ab, der am 19. Januar 1923 in Hechingen (Württemberg) geboren wurde.

Wie bekannt, wurde Markus Wolf wie auch sein Bruder Konrad von seinen Eltern kommunistisch erzogen. Vater und Mutter mußten bereits 1933 aufgrund eines Verrats vor den Nazis fliehen und emigrieren. Die Familie ging deswegen den langen Weg aus dem Schwäbischen über die Schweiz und Frankreich bis ins Moskauer Exil. Bekanntermaßen herrschte dort in dieser Zeit Josef Stalin, was bezüglich Treu und Glauben an die sozialistische Sache Fragen aufwirft. Jedoch hatte die Familie aufgrund der Ausbildung der Kinder und der Kaderpolitik ein vom Alltag entfernteres Leben, als es vermutlich Einheimischen zustand. So kann man sich problemlos an den Fingern abzählen, daß es vielerlei besseren Aufenthalt in der Welt gibt, als bei einer Sippenverfolgung in Deutschland draufzugehen. Markus studierte nach der deutschen Ausbürgerung in der UdSSR Maschinenbau, wurde Sprecher beim »Deutschen Volkssender« und gründete eine Familie mit mehreren Kindern. Mit der Rückkehr der Wolfs am Kriegsende nach Berlin, genauer nach Lehnitz im Niederbarnim, begann auch seine Reportertätigkeit beim Berliner Rundfunk, bei der er 22jährig die Nürnberger Prozesse zwecks Be2richterstattung vor Ort besuchte. Später war er diplomatischer Rat der DDR 1949 bis 1951 in Moskau und zuletzt ging er auf eine Anstellung beim *»außenpolitischen Nachrichtendienst«* der DDR ein, also dem späteren Auslandsaufklärungsdienst der DDR.

Auch hier zeigte sich seine unbedingte Vorliebe für verantwortungsvolle Tätigkeiten, bei denen er eine antifaschistische Mission verfolgen konnte. Auf diesem Weg aber profilierte er sich in kürzester Zeit als Chef dieses Dienstes und wurde bereits 1955 erster Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit. Hier war Markus nicht nur Kundschafter des Friedens, sondern baute das System des Kundschaftens selbst. Zahllose Ereignisse verweisen auf seinen Spürsinn, den Geheimnissen imperialer Planungen der Klassenfeinde in Westdeutschland auf die Schliche zu kommen. Die Methode, durch verdeckte Tätigkeit offenen oder versteckten Feindseligkeiten letztendlich Transparenz aufzuzwingen, ist damit zu einem seiner Markenzeichen geworden.

Im Lauf seines Lebens zwangen ihn private Schicksalsschläge, auch durch den Tod der Eltern und seines Bruders, die eigenen Familienangelegenheiten erneut zu ordnen, sodaß er 1986 bereits zum dritten Mal den Bund der Ehe einging, diesmal mit Andrea Stingl.

In der dritten Phase seines Lebens, die mit seiner Entlassung aus dem aktiven Staatsdienst bereits 1986 begann, widmete er sich dem Vermächtnis seiner Familie und seiner eigenen Vergangenheitsbewältigung mit schriftstellerischen Projekten, aus denen u.a. 1989 der Roman *»Die Troika«* hervorging.

Nach über 90 Minuten Vortrag blieben noch diverse Fragen offen, für die aber ein zweiter Teil des Vortrags am 15. Mai geplant ist, an dem vor allem die Lebenszeit nach 1990 näher beleuchtet werden soll – diesmal wieder im Club 23.

THOMAS TOBLER

FDP wählt Kreisvorstand

Panketal (bbp). Am 8. März trafen sich die Mitglieder der FDP Barnim in Panketal zum ordentlichen Kreisparteitag.

Die vier Wahlen an drei Terminen brachten für die Freidemokraten überwiegend enttäuschende Ergebnisse, stellte der Kreisvorsitzende Martin Hoeck fest. Mit nur 0,83 % der Zweitstimmen wurde zur Landtagswahl ein historisch schlechtes Ergebnis eingefahren. Auch zur Bundestagswahl scheiterte die FDP klar an der Fünfprozenthürde.

»Ein Lichtblick war dahingegen die Kommunalwahl«, so Hoeck. *»Hier konnte sich die FDP Barnim um ein Mandat gegenüber der Kommunalwahl 2019 steigern und ist nun mit 6 Personen in den kommunalen Gremien vertreten. Neben Eberswalde, Bernau und Panketal konnten die Liberalen auch wieder Mandate in Britz und Joachimsthal erringen.«* Im Kreistag verteidigte die FDP Barnim knapp ihre beiden Sitze. Mit Götz Trieloff und Martin Hoeck sind die Freien Demokraten mit zwei langjährigen Kommunalpolitikern aus Eberswalde vertreten. Mit der Bürgerfraktion Barnim und der Ahrensfelder Wählergemeinschaft bildeten sie eine gemeinsame Fraktion im Kreistag.

Nach der Wahlauswertung wurde ein neuer Kreisvorstand gewählt. Martin Hoeck stellte sich erneut zur Wahl als Vorsitzender und wurde ohne Gegenkandidaten einstimmig von allen anwesenden Mitgliedern wiedergewählt. Als Stellvertreter wurden Wenke Surauf aus Eberswalde und Johannes Höhr aus Joachimsthal neu gewählt. Als Schatzmeister stellte sich erneut der Panketaler Thomas Pfeffer zur Verfügung und wurde einstimmig wiedergewählt. Als Beisitzer gehören Maria Hinz aus Bernau, Christoph Maskow aus Eberswalde und Christian Müller aus Bernau zum neuen Vorstand. Außerdem wählte der Kreisparteitag 13 Delegierte für den Landesparteitag, der am 22. März in der Eberswalder Hufeisenfabrik stattfand.

Martin Hoeck Bürgerbüro, Frankfurter Allee 57, 16227 Eberswalde, Mobil: 0162-71 66 198, eMail: info@fdp-barnim.de, Web: www.fdp-barnim.de

Panzerstraße B167neu

Uns alle muß es beunruhigen, daß hier eine Straße gebaut werden soll, die geeignet ist, Militärfahrzeuge für einen Krieg Richtung Osten aufzunehmen. Genau das fordert nämlich das Bundesministerium für Verteidigung, dem es darauf ankommt, daß Deutschland kriegstüchtig wird. Ich finde friedenstüchtig besser.

Es ist nötig, etwas zu tun, zu sagen, zu schreiben ... damit diese Straße, die unseren Verkehr nicht entlastet, gar nicht entlasten soll und kann, nur schadet und kostet, nicht gebaut wird.

JOHANNES MADEJA

Vor 80 Jahren in Eberswalde:

Mutige Frauen *gegen den Krieg*

In diesem Jahr ist der 80. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus. Der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde ist es wichtig, an die Ereignisse in Eberswalde im April und Mai 1945 angemessen zu erinnern.

Die Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus gelang nur dank dem opferreichen Kampf der Alliierten der Anti-Hitler-Koalition, insbesondere der Völker der Sowjetunion und ihrer Roten Armee. Die Sowjetunion mußte mit 27 Millionen Toten den höchsten Blutzoll für den Sieg über den Faschismus aufbringen. Das dürfen wir nicht vergessen.

Auch in Eberswalde gab es mutige Menschen, die gegen die faschistische Terrorherrschaft aufbegehrten. An eine dieser mutigen Taten wollen wir als Fraktion ganz konkret erinnern. Am 21. April 1945 marschierten mehr als 100 Eberswalder Frauen zum Wehrbezirkskommando (heute Ecke Grabow-/Rudolf-Breitscheid-Straße) und forderten in Sprechchören, die Stadt zu schonen und kampflos zu übergeben. Stadtkommandant Oberst Vogel ließ Maschinengewehre aufstellen und drohte zu schießen, wenn der Platz nicht sofort geräumt wird. Die Frauen zogen daraufhin zur NSDAP-Kreisleitung in der Breiten Straße, wurden aber auch dort vom Kreisleiter Maske mit Waffengewalt auseinandergetrieben.

Die Mitglieder und Freunde unserer Fraktion werden am 21. April einen Spaziergang zu den Stätten der Frauenproteste von 1945 unternehmen, um an die mutigen Taten der Eberswalder Frauen zu erinnern.

Ein weiterer wichtiger Termin für unsere Fraktion wird der Tag der Befreiung am 8. Mai sein. Wir rufen alle Einwohnerinnen und Einwohner auf, sich am Gedenken am sowjetischen Ehrenmal in der Freienwalder Straße zu beteiligen.

MIRKO WOLFGRAMM

Einwohnerversammlungen in Eberswalde

Eberswalde (prest-ew). Den Auftakt für die diesjährigen Einwohnerversammlungen bildet der Ortsrundgang in Spechthausen. Danach folgen Rundgänge in Tornow und Sommerfelde sowie die Einwohnerversammlung im Brandenburgischen Viertel. Bürgermeister Götz Herrmann lädt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich ein.

- **Einwohnerversammlung Spechthausen** am Montag, den 5. Mai 2024, um 17 Uhr, Gaststätte Waldhof, Spechthausen 39
- **Einwohnerversammlung Tornow** am Mittwoch, den 7. Mai 2025, um 17 Uhr, FFW, Hinterstraße 17a
- **Einwohnerversammlung Sommerfelde** am Montag, den 19. Mai 2025, um 17 Uhr, Gemeinschaftshaus, Zu den Tannen 10
- **Einwohnerversammlung Brandenburgisches Viertel** am Montag, den 30. Juni 2025, um 17 Uhr Aula der Grundschule »Schwärzesee«

Nach der Sommerpause geht es dann weiter mit den Einwohnerversammlungen in den Ortsteilen Finow, Eberswalde 1 (Stadtmitte, Südend, Ostend, Leibnizviertel), Eberswalde 2 (Westend, Kupferhammer, Nordend) sowie der Clara-Zetkin-Siedlung. Die Termine werden rechtzeitig bekanntgegeben.

»Noch ist Zeit, diese Straße zu verhindern«

Beratung der Bürgerinitiative gegen die B167n Nordvariante

Eberswalde (bbp). Am 10. April kam die Bürgerinitiative (BI) gegen die Nordvariante der B167neu in der Feuerwache der Freiwilligen Feuerwehr der Clara-Zetkin-Siedlung zu einer Beratung zusammen.

Oskar Dietterle von der BI erläuterte zunächst für neu hinzugekommene Bürgerinnen und Bürger das Projekt und legte die Auswirkungen für die Menschen in der Siedlung und darüber hinaus dar. Er erinnerte an eine Unterschriftensammlung vor einigen Jahren, mit der sich 400 Einwohner der Siedlung gegen diese Straße ausgesprochen haben.

»Wir müssen nachdenken«, so Dietterle, der die Interessen der Einwohner auch in der Stadtverordnetenversammlung und im Ortsbeirat der Clara-Zetkin-Siedlung vertritt, *»was wir gemeinsam unternehmen können, um diese Straße zu verhindern«.*

Vor der Veranstaltung hatte er mit Kathleen Bernau vom Landesamt für Bauen und Verkehr gesprochen und erfahren, daß die Planfeststellung noch nicht abgeschlossen ist. Wahrscheinlich werde es noch in diesem Jahr eine neue Auslegung des Projektes geben. Allerdings sei es wohl ausgeschlossen, daß noch 2025 ein Planfeststellungsbeschluß ergehen wird. Ohnehin sei erst der erste Bauabschnitt in der Bearbeitung. Und selbst Kathleen Bernau als Genehmigungsbehörde habe keine neuen Informationen zum Verfahren.

»Wir können also noch an unserem Vorhaben arbeiten, diese Straße zu verhindern«, so Oskar Dietterle abschließend. *(Seite 7)*

Schuldnerberatungen Europas (Teil 10):

Skandinavien führt im »World Happiness Index«

Skandinavien besteht aus den Ländern Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland. Die skandinavische Halbinsel wird zuerst im Jahre 50 u.Z. bei Plinius dem Älteren erwähnt. Dann taucht sie als Bezeichnung im »*Beowulf-Epos*« (im Jahr 700) auf. In der »*Kalmarer Union*« waren die Länder Dänemark, Norwegen und Schweden von 1397 bis 1523 in Personalunion verbunden. Finnland gehörte seit der schwedischen Eroberung im Jahr 1154 bis zum Verlust an Rußland im »*Vertrag von Fredrikshamn*« 1809 zu Schweden. Schwedens Großmachtzeit bestand zwischen 1611 (begonnen durch Gustav II Adolfs Eroberungskriege) bis 1721.

Die skandinavischen Länder gelten als glückliche Länder, zumindest nach den Meßkriterien des »*Welt-Glücks-Index*« 2023, im Original »*World Happiness Index*«. Dort liegt Finnland an erster Stelle, Dänemark an zweiter, Schweden an Stelle 6, unmittelbar gefolgt von Norwegen. Die *»skandinavische Glücksphalanx«* wird nur durchbrochen von Island (3.), Israel (4.) und den Niederlanden (5.).

Ein anderer Index zeigt eine etwas weniger gute Positionierung im sogenannten »*Elends-Index*« (Misery-Index), gebildet aus Arbeitslosenrate, Kredithäufigkeit, Inflationsrate. Da liegt Dänemark im Jahr 2022 auf Platz 17, Schweden auf 19, Norwegen 20 und Finnland auf Platz 21. Im internationalen Ver-gleich ist das aber immer noch eine ausge-zeichnete Positionierung, wenn auch etwas schlechter als Deutschland, das auf Platz zwölf liegt.[1]

Das schwedische sozialdemokratische Modell galt viele Jahre (1932-2006) als Vorbild für einen gelungenen Wohlfahrtsstaat aufgrund seines ausgefeilten Steuer- und Sozialsystems. Auch gegenwärtig ist die Schuldenberatung als Pflichtaufgabe im Sozialgesetz verankert (»*Social Services Act*«, im Original »*Socialtjänstlagen*«, Chapter 5, Section 12, § 1). Die schwedische Verbraucherschutzagentur (im Internet: konsumentverket.se) ist verantwortlich für die Beratung hinsichtlich Haushaltsbudgets und Schulden. Die zentrale Aufgabe zur Durchführung der Beratungen und Beratungsdienste liegt in den Händen der schwedischen Kommunen.

Auch in Norwegen ist Schuldenberatung bei den einzelnen Kommunen organisiert. In jeder Kommune gibt es kostenfreie Schulden beratung. Zusätzlich betreut die norwegische Arbeiter- und Wohlfahrtsorganisation *»NAV«* eine telefonische Schuldenhotline.

In Finnland wird Schuldenberatung von der öffentlichen Hand und der NGO[2] »*Takuu-Säätiö*« angeboten. Die öffentliche Hand hat Schuldenberatungen in 23 Büros, verteilt über ganz Finnland, organisiert. Die NGO »*Takuu-Säätiö*« ermöglicht darüber hinaus die Schuldenregulierung mit der Vergabe von Darlehen. Die Darlehen reichen von 34.000 Euro (Alleinstehende) bis 45.000 Euro (Paare) für Bankschulden. Für plötzlich anfallende Reparaturen oder Ersatzinvestitionen werden auch kleine Darlehen bis 2.000 Euro vergeben.

In Dänemark ist die Schuldenberatung etwas anders organisiert. Sie wird überwiegend von NGOs angeboten, zusätzlich von einigen Kommunen, aber nur für ihre jeweiligen Einwohner. Die Finanzierung der Schuldnerberatungsstellen erfolgt durch Wohlfahrtsorganisationen, Kirchen und Spenden und ist speziell auf sogenannte vulnerable Gruppen ausgerichtet (z.B. Prostituierte, Ex-Häftlinge, Menschen mit psychischen Problemen etc.). Alle NGOs müssen Mitglied in der Dachorganisation »*Den nationale Vidensfunktion*« sein und sich den dort festgelegten Regeln verpflichten, um finanzielle Förderung zu bekommen.

Alle teilnehmenden Länder haben eine Insolvenzregelung, nach der überschuldete Privatpersonen nach einem gewissen Zeitraum schuldenfrei werden können.

Dr. DIETER KORCZAK

1 – https://ogy.de/jm5m
2 – NGO = Nichtregierungsorganisation

Offene Fragen in Bernau

Bernau (bbp-ber). In dem am 2. April tagenden Ausschuß für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr der Bernauer Stadtverordnetenversammlung (StVV) konnte nichts zum Sachstand hinsichtlich der am 6. März von der StVV beschlossenen Tempo-30-Strecke (BBP 3/2025) mitgeteilt werden. Gleiches galt bezüglich der von Bürgermeister André Stahl angekündigten wiederholten Vorlage einer Parkverbotsregelung bei der unteren Verkehrsbehörde des Landkreises für das Wohnviertel nördlich der Jahnstraße (zu Rutenfeld). Weder eine ausführliche Erörterung aus dem Publikum zur Einwohnersprechzeit noch eine Anfrage der Abgeordneten Evelyn Westphal (BVB-FW) führten zu einer nennenswerten Auskunftsfähigkeit der anwesenden Dezernentin Dunja Marx. Am 7.4. informierte die Pressesprecherin, der Antrag sei *»in der finalen Überprüfung und wird in Kürze verschickt«.*

Gastro-Zuwachs am Markt

Biesenthal (bbp-ber). Charlotte Elfriede Lewin-Puttlitz berichtete von ihrem Besuch in dem Ende März in Biesenthal am Markt neu eröffneten Café. Das *»Café am Markt«* führt alle gängigen Sortimente. So gibt es neben Kuchen auch Kleingebäck, Eis und Waffeln, sowie eine Auswahl an Frühstück, wie zum Beispiel den *»Biesenteller«.* Damit sollte zukünftig für jeden Gaumen etwas dabei sein. Das Café könnte sich als Besuchermagnet entwickeln, denn bereits jetzt finden sich ergänzend in den Auslagen vorrätige Handarbeitswaren zum Verkauf.

Foto: Charlotte Elfriede Lewin-Puttlitz

Das *»Cafe am Markt«* öffnet in der Woche 10-19 Uhr, am Wochenende 9-19 Uhr. Mittwoch ist Ruhetag.

Regionalmarkt in Biesenthal

Biesenthal (bbp-ber). Die Naturparkstadt lädt auch in diesem Jahr wieder zum traditionellen Regionalmarkt ein. Die *»lokale Agenda Biesenthal«* bietet hier ökologische und regionale Speisen und Produkte, Jungpflanzen für den eigenen Garten, Kunsthandwerk, Bastelstände, geselliges Beisammensein und natürlich ein vielfältiges Kulturprogramm. Dies bereits zum 13. Mal rund um die alte Eiche auf dem Biesenthaler Marktplatz. Das Programm startet am 4. Mai um 11 Uhr. Ab 12 Uhr schenkt der Bürgermeister Suppe für alle Gäste aus. Ende gegen 17.30 Uhr.

Paßfotos haben endgültig ausgedient

Bernau (bbp-ber). Das beliebte Paßfoto auf Fotopapier hat ausgedient. Ab dem 1. Mai sind nur noch digitale, biometrische Lichtbilder zulässig. Alle in Ausweisdokumenten verwendeten digitalen biometrischen Bilder, also Pässe, PA und eID-Karten , dürfen nur noch in der Behörde oder bei speziell zertifizierten Fotografen erstellt und von dort an die Behörde übermittelt werden. Mit diesem Lizenzsystem sichert sich der Staat auch das Monopol auf Dokumentenfotos ähnlich wie mit den Notar- und Vermesserlizenzen. So kann man auch sagen, daß ab Mai das Recht am eigenen Bild bezogen auf Paßfotos passé ist. Die neuen Spielregeln gelten für alle ausweishaltenden Kommunen der BRD.

Grüne Kritik an CDU

Ohne vorherige Beratung in den zuständigen Ausschüssen wurde die Beschlußvorlage *»Teilhabe und Integration fördern – Arbeitsgelegenheiten für Bürgergeldempfänger und Leistungsbezieher nach dem Asylbewerberleistungsgesetz schaffen«* auf die Tagesordnung des Kreistages gesetzt und mit Stimmen aus CDU, AfD und Freien Wählern beschlossen.

Die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Barnim kritisiert dieses Vorgehen der CDU-Fraktion scharf. Dieses Verfahren untergräbt die wichtige Arbeit der Ausschüsse und beraubt sowohl Abgeordnete als auch die Öffentlichkeit der Möglichkeit, sich fundiert mit dem Antrag auseinanderzusetzen.

Unsere Fraktion sieht darin gleich mehrere Probleme. Zum einen sind die Ausschüsse der Ort, an dem Anträge sachkundig diskutiert, fachliche Argumente abgewogen und Empfehlungen formuliert werden. Dieses in der parlamentarischen Demokratie übliche Verfahren wurde umgangen.

Zum Anderen fehlt die Möglichkeit einer rechtlichen Prüfung. Denn ohne die notwendigen Vorberatungen in den zuständigen Gremien bleibt unklar, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen mit geltendem Recht in Einklang stehen und welche praktischen Konsequenzen sie haben.

Um eine fachgerechte Prüfung zu ermöglichen, hatten die Grünen beantragt, die Beschlußvorlage in die zuständigen Fachausschüsse zu überweisen. Das wurde von der CDU mit Unterstützung der AfD abgelehnt. Ein offener und transparenter Austausch zum Thema blieb somit aus. Die CDU-Beschlußvorlage lehnte unsere Fraktion folgerichtig entschieden ab. Wir sehen in dem Vorhaben keinen zielführenden Beitrag zur Integration, sondern eine Maßnahme, die an den Bedürfnissen der Betroffenen vorbeigeht.

Die CDU-Fraktion hat mit ihrem Vorgehen den demokratischen Diskurs verhindert. Wir haben viele Fragen – und erhielten keine Antworten. Bündnis 90/Die Grünen Barnim fordern eine sachgerechte Beratung politischer Anträge unter Einbeziehung aller demokratischen Fraktionen sowie der betroffenen Fachgremien.

KATJA HOYER

Wehret den Anfängen!

Rentner, und werdende!!
Seit Ihr zu bequem, zu feige, zu träge, alles zusammen?
Eure Enkelkinder werden von den Mächtigen mittels Kriegstreiberei in den Tod geschickt, deren Kinder und Enkel jedoch nicht!
Eure Rentenkürzungen finanzieren auch die Aufrüstung!

THOMAS GÄDICKE

Kein Personal für Bildung?

Potsdam/Bernau (bbp). An den Schulen in Brandenburg gilt im nächsten Haushalt vorübergehend ein Einstellungsstopp für Lehrkräfte. Darüber berichtete am 2. April der Fernsehsender RBB.

Hintergrund sind die Haushaltsverhandlungen für den Doppelhaushalt des Landes Brandenburg für die Jahre 2025 und 2026. Der Haushaltsentwurf der Regierung sieht vor, in den nächsten beiden Jahren keine neuen Lehrerstellen zu schaffen. Das SPD-geführte Bildungsministerium reagierte darauf, wie es heißt in Absprache mit den Schulämtern, mit dem erwähnten Einstellungsstopp, von dem auch Bewerber betroffen seien, die bereits eine Zusage erhalten hatten.

Falk Peschel, der bildungspolitische Sprecher der BSW-Fraktion im Landtag Brandenburg erklärte hierzu: *»Aus haushaltsrechtlicher Sicht bestehen keine Einschränkungen für die Besetzung der ca. 220 freien Stellen für Lehrkräfte im Land Brandenburg. Ebenso kann die Nachbesetzung der zum Schuljahresende 2024/25 frei werdenden Stellen vorbereitet und durchgeführt werden. Die als Grund für das Einstellungsmoratorium des MBJS benannten und in den nächsten Tagen aufzuarbeitenden Informationsstände, sind für eine zuverlässige Stellenbesetzungsplanung gewiß erforderlich. Ein Aussetzen der laufenden Stellenbesetzungsverfahren ist jedoch eine überzogene Reaktion. Aus Sicht der BSW-Landtagsfraktion besteht für ein solches Aussetzen keine Veranlassung. Die Stellenbesetzungsverfahren müssen schnellstmöglich wieder aufgenommen und fortgeführt werden.«*

Bereits in der Vorwoche hatte der Finanzminister Robert Crumbach (BSW) darauf hingewiesen, daß neue Lehrkräfte für die unbesetzten Stellen *»selbstverständlich eingestellt werden«.*

Der Haushaltsentwurf sieht vor, daß Lehrerinnen und Lehrer ab Anfang 2026 eine Stunde zusätzlich unterrichten sollen. Dafür sollen sie von *»bürokratischen Aufgaben«* entlastet werden, so daß ihre Arbeitszeit unterm Strich nicht ausgeweitet wird.

Wie die Bernauer BSW-Landtagsabgeordnete Jenny Meyer inzwischen informierte, werde das Bildungsministerium den *»Fehler«* korrigieren und den Einstellungsstopp zur Besetzung vorhandener Stellen aufheben.

Wirtschaftsförderer

Ab sofort ist das Amt für Wirtschaftsförderung im *»Büro e«* in der Michaelisstraße 10 zu finden. Hier ist auch das Citymanagement beheimatet. Für die Wirtschaftsförderung leistet sich die Stadt ein Amt mit vier Mitarbeitern: Anne Zydek, Monique Schostan, Natasha Penfold und Amtsleiter Alexander Broschell (v.l.n.r.).

Foto: Florian Heilmann (Stadt Eberswalde)

Rot-schwarze Zeitenwende

800 Milliarden Euro Neuverschuldung vorbei am Haushaltsrecht und am Souverän. Mit dem Freibrief für jede Aufrüstung über jährlich zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts werden es wahrscheinlich 1,7 Billionen Euro (eine Billion = 1 mit 12 Nullen).

Warum? Es gibt eine Elite, der 80 Jahre Frieden völlig ausreichend sind!

Fast 101 Jahre nach der SPD-Kriegskredit-Zustimmung für den größenwahnsinnigen Drei-Kaiser-Krieg (4. August 1914) besinnt sich die SPD auf ihre Geschichte und beschließt ein Mehrfaches für einen möglichen neuen Krieg. Die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linke) ist zu bedauern, mußte doch ausgerechnet sie die BSW-Fraktion rügen, für deren Erinnerungsplakate *»1914 wie 2025 – NEIN zu Kriegskrediten!«*, die deren Abgeordnete im Bundestag zeigten.

Der derzeitige Generalinspekteur der Bundeswehr redet seit Wochen einen neuen Krieg herbei und der Militärausschuß der EU wird von dem ehemaligen Generalstabschef Österreichs (General Robert Brieger) geleitet, der bei Google und Wikipedia als *»parteilos, aber rechtskonservativ«* definiert wird. Macron träumt vom Grand Napoleon und will seine Atomwaffen vor der russischen Haustür stationieren, bei den Deutschen ruft man nach eigenen Atomwaffen und schürt die Sucht nach Revanche. Was ihnen vorschwebt ist nicht die Verteidigung des Friedens, sondern eine römische Variante, nämlich die Vernichtung des Gegners! In der Ukraine verteidigen sie angeblich Freiheit und Demokratie und gleichzeitig vergewaltigen sie den Souverän – nach der Bundestagswahl, in der dieser Souverän sie abgewählt hat – mit einer manipulierten Grundgesetzänderung zur Legalisierung der Schulden für die Hochrüstung.

Man wird sich an den oliv-grünen Verrat der Friedensidee und an die Gewissens-Ausdehnung erinnern müssen.

BERND C. SCHUHMANN

Seit 20 Jahren belogen

von Johannes Madeja

In der Ausgabe vom 7. Februar hat die lokale Tageszeitung unter der Überschrift *»Baubeginn nicht in Sicht«* das Thema B 167 neu angefaßt. Dabei wurden Falschbehauptungen und Halbwahrheiten wiederholt und wichtige Tatsachen und Informationen verschwiegen. Zugunsten des Verfassers will ich nicht ausschließen, daß er es einfach nicht besser weiß und keine Zeit hatte, gründlich zu recherchieren.

Es ist jetzt wichtig, daß alle, die erkannt haben, daß eine Verwirklichung dieses Vorhabens der Region einschließlich der Kreisstadt großen Schaden bringen würde, sich ganz persönlich und öffentlich zu Wort melden. Es geht jetzt *»um die Wurst«*. Es geht darum, eine Planfeststellung und damit Baurecht zu verhindern. Einige Aussagen des besagten Artikels sollten daher nicht so stehen bleiben.

»Bereits seit den 1990er Jahren ist eine neue Trassenführung für die B 167 in der Diskussion, um die Innenstadt vom Transitverkehr zu entlasten…«

Diese Aussage trifft nicht zu. Der Auftraggeber Bundesregierung hat unmißverständlich erklärt, daß die Lösung der innerörtlichen Verkehrsprobleme, also die Entlastung der Innenstadt, nicht seine Aufgabe ist. Finowfurt und Eberswalde werden gar wörtlich als Störfaktoren für das Vorhaben bezeichnet. Es geht dem Bund also gerade nicht darum, die Innenstadt vom Transitverkehr zu entlasten, abgesehen davon, daß der Transitverkehr nur zehn Prozent des Gesamtverkehrs ausmacht. Neunzig Prozent sind Quell- und Zielverkehr, der nach wie vor die B167alt benötigt. Dazu gibt es sogar zwei Verkehrsgutachten, die der Bund jedoch nicht anerkennt, weil er nicht Auftraggeber war.

Für die neue Straße würde »nördlich von Finowfurt eine neue Brücke notwendig werden«.

Diese Aussage ist eine beschönigende Halbwahrheit, die den Aufwand für die Realisierung der neuen Straße gering erscheinen lassen soll. Tatsächlich sind für die neue Trasse insgesamt 28 *»Bauwerke«* erforderlich, davon 19 Brücken. Damit ist der sogenannte Raumwiderstand, der bei der Auswahl der Trasse eine entscheidende Rolle spielen muß, ganz erheblich, aber Alternativen, die weniger Raumwiderstand bieten, wurden ja gar nicht untersucht. Die Nordvariante stand schon vor Beginn der Planungen fest.

»Mit der neuen nördlicheren Trassenführung« sei »eine Verkürzung der Reisezeit um 20 Minuten verbunden«.

Auch diese Aussage hält einer praktischen und auch rechnerischen Überprüfung nicht stand. Auf der B 167 alt braucht man von der Kaiserwegbrücke bis zum Markt in Eberswalde – Mitglieder der BI haben das praktisch ausprobiert – 25 bis maximal 30 Minuten, trotz der vielen nicht aufeinander abgestimmten Ampelanlagen. Es ist voraussichtlich möglich, auf der geplanten neuen Straße die Angermünder Chaussee nördlich von Eberswalde in 10 min zu erreichen. Wenn – wie von den Planern unterstellt (Nutzensberechnung!) – der überwiegende Teil des Gesamtverkehrs die neue Straße nutzt, dann kommt es auf der Strecke bis zum Markt und weiter bis zur Ortsausfahrt auf der Freienwalder Straße zu Staus, so daß die *»eingesparte Zeit«* wieder zugegeben werden muß. Eine Verkürzung der Reisezeit für den Transitverkehr (nur zehn Prozent des Gesamtverkehrs!) ist damit von 20 Minuten weit entfernt und kann kaum mehr als 5, maximal 10 Minuten betragen. Das will der Bund jedoch nicht wahrhaben, denn damit scheitert zwangsläufig seine Nutzensberechnung.

»Die aktuelle Kostenberechnung hierfür [gemeint ist der erste Planungsabschnitt – jm] stammt laut LSB [Landesbetrieb für Straßenwesen/Vorhabenträger – jm] aus dem Jahr 2022. Sie geht von Kosten in Höhe von 106,6 Millionen Euro aus.«

Es ist offensichtlich, daß diese Aussage nicht zutrifft. Für die Berechnung des Nutzen-Kosten-Verhältnisses (NKV) wurden Kosten von circa 58 Millionen Euro angesetzt. Dieser viel zu geringe Betrag begründete das NKV der höchsten Stufe 10. Daran hielt der Vorhabenträger zehn Jahre lang fest, wohl wissend, daß das nicht stimmt.

Im Ergebnis eines Erörterungstermins im Januar 2020 mußte sich der Vorhabenträger dann doch korrigieren. Von *»Berechnung«* sollte man hier nicht sprechen. Der LSB – so die Aussage – erhielt vom Bund im Jahr 2022 die *»Genehmigung«*, jetzt Gesamtkosten von 106,6 Millionen anzusetzen. Mit Hinweis auf die diversen *»Bauwerke«* und die streckenweise Verbreiterung der Straße auf drei Fahrspuren in einer für Militärfahrzeuge ausreichenden Belastungsklasse kann jedoch auch dieser Betrag nicht ausreichen, um die Maßnahme zu realisieren. Eine Korrektur des NKV gab es jedoch nicht, mit der Folge, daß der angeblich *»vordringliche Bedarf«* weiter behauptet wird.

»Die aktuelle Arbeitsgrundlage beim LSB ist eine Projektprognose aus dem Jahr 2020. Diese baut auf die Straßenverkehrsprognose 2030 des Landes Brandenburg auf.«

Es ist schon erstaunlich, daß Arbeitsgrundlage für die Planung einer Bundesstraße jetzt plötzlich eine Prognose des Landes Brandenburg ist. Es wäre doch zunächst erforderlich festzustellen, ob die bisherigen Planungen auf der Grundlage der Prognose aus dem Jahr 2010 für das Jahr 2025 noch Bestand haben können. Denn den Zustand im Jahr 2025 kann man ja jetzt feststellen und dann wäre eine Prognose für das Jahr 2040 zu erarbeiten. Eine Prognose für das Jahr 2030 brauchen wir nicht mehr, denn im Jahr 2030 wird – wenn überhaupt begonnen werden kann – die neue Straße noch nicht realisiert sein. Das Bundesverkehrswegeplan-Ausbaugesetz 2030, einzige *»Begründung«* für die Fortsetzung der Planungen, ist dann Geschichte. Vermutlich wird es bis dahin ein neues Ausbaugesetz 2040 geben, in dem – das hoffe ich sehr – die B167neu, genannt *»OU, Nordvariante«* nicht mehr enthalten sein wird.

»Derzeit stehen viele Fragezeichen hinter dem Projekt, welches bereits seit den neunziger Jahren immer wieder diskutiert wird. Von einem schnellen Baubeginn für den ersten Planungsabschnitt ist nicht auszugehen. Von einem schnellen Ende der Diskussionen auch nicht.«

Aus diesem Absatz lese ich heraus, daß es der MOZ-Redakteur sehr bedauert, daß so schnell kaum gebaut werden wird. Damit ordnet sich die MOZ in die *»Partei«* jener Leute ein, die das auch bedauern. Dabei handelt es sich um wenige Unternehmer in Eberswalde. Die Mehrheit der Einwohner und auch vieler Unternehmen in der Innenstadt sieht das jedoch als eine gute Nachricht, an die sich die Hoffnung knüpft, daß in naher Zukunft dieses Vorhaben kein Thema mehr sein wird.

Warum ist das so? Die Antwort ist ganz einfach. Die Straße zerstört viel Natur, sie kostet viel (Steuer)-Geld, sie wird nicht gebraucht, sie nützt nur wenigen, schadet aber der Region insgesamt.

Nachsatz: Die eingangs erwähnte Nachsicht gegenüber dem MOZ-Redakteur, daß er womöglich nicht alles weiß und aus Zeitgründen nicht nachrecherchieren konnte, muß ich leider korrigieren. Wie ich inzwischen erfuhr, hat der Sprecher der BI *»Gegen die B167neu für Natur und Umwelt«*, Oskar Dieterle, dem MOZ-Redakteur vor Erscheinen des Beitrages Fragen beantwortet und Gegenargumente übermittelt. Die MOZ war also umfassend informiert. Aus den Fragestellungen an die BI war zu entnehmen, daß MOZ an Zustimmung, nicht jedoch an Kritik oder Ablehnung interessiert ist. Von einer objektiven Berichterstattung erwartet man, daß die Leser umfassend informiert werden und Gegenargumente nicht verschwiegen werden. Das war jedoch offenbar nicht die Absicht der MOZ. Kritik lediglich als *»Diskussionen«* abzutun, ist nicht redlich.

Schöne Bücher im Kloster Chorin

Ausstellung, Lesungen, Workshops & Bücherfest

- 3. Brandenburgische Buchkunstausstellung (seit 5. April bis 7. September 2025)
- »Sommerlese« im Kloster (Juli-August 2025)
- Berlin-Brandenburgisches Bücherfest (6. und 7. September 2025)

Aufgedeckt

New York Times und Münchner Merkur, wahrlich keine *»Putin-Versteher«* oder Gefolgsleute Rußlands, haben aufgedeckt, daß die USA und die BRD während der Biden-Präsidentschaft längst Kriegsteilnehmer in der Ukraine waren und es noch immer sind. Trotz aller Beteuerungen von Scholz und Pistorius.

So deckte die New York Times auf, daß die USA von Wiesbaden (bekanntlich eine deutsche Landeshauptstadt) aus zusammen mit ukrainischen Offizieren die ukrainischen Offensivpläne in der Ostukraine und gegen die Krim ausgearbeitet haben.

Daraus ergibt sich wohl die berechtigte Frage, wie sich das mit dem Amtseid deutscher Spitzenpolitiker und der Souveränität der Bundesrepublik verträgt.

So betrachtet ist es nicht verwunderlich, daß Präsident Selenskij davon ausgeht, daß ein Kanzler Merz mit einem Verteidigungsminister Pistorius die heiß ersehnten TAURUS-Raketen der Ukraine zum Angriff auf den Kreml oder die Krimbrücke liefern werde. Wenn der Generalinspekteur der Bundeswehr Breuer zeitnah (bis 2029) mit einem kriegerischen Konflikt mit Rußland rechnet, dann paßt das ebenfalls völlig ins Bild.

Geht hier der Verstand derjenigen, die uns regieren wollen, endgültig den Bach runter?

BERND C. SCHUHMANN

Palästina:

Fast 53.000 Tote

Seit dem 7. Oktober 2023 bis zum 4. April 2025 sind im Gaza-Streifen 50.523 Palästinenserinnen und Palästinenser getötet und 114.776 verletzt worden, der größte Teil davon Zivilisten. Hinzu kommen im gleichen Zeitraum 863 tote und 7.563 verletzte Menschen im palästinensischen Autonomiegebiet Westjordanland, hier sind es fast ausschließlich unbewaffnete zivile Opfer. Auf israelischer Seite kamen, einschließlich der 1.200 während des Hamas-Angriffs Anfang Oktober 2023 Getöteten, 1.607 Menschen ums Leben und 8.015 wurden verletzt, von denen etwa die Hälfte Zivilisten waren.

Nach dem im Januar abgeschlossenen Waffenstillstand hat die israelische Armee seit dem 18. März ohne vorherige Ankündigung die Angriffe auf dem Boden und in der Luft im Gazastreifen fortgesetzt.

(Quelle: de.statista.com)

Filmzensur *in Israel*

Drei aktuelle Beispiele für politisch motivierte Filmverbote

Im Auftrag des Ministeriums für Kultur und Sport operiert in Israel eine Filmzensurbehörde (Film Review Council), die in jüngster Zeit die Präsentation von drei Filmen, die sich kritisch mit der Staatsgründung und den Vertreibungen der Palästinenser (Nakba) 1948 und deren Auswirkungen bis heute befassen, untersagt hat. Historisch geht die Filmzensurbehörde auf eine Verordnung der britischen Mandatsverwaltung in Palästina vom Oktober 1927 (!) zurück.

Am 6. November 2024 berichtet Nirit Anderman in der Tageszeitung *Haaretz*, daß die Präsentation des Dokumentarfilms *»1948 – Remember, Remember Not«* der palästinensischen Regisseurin Neta Shoshani untersagt wurde. Der Film zeigt bisher unbekanntes Archivmaterial und beleuchtet die palästinensische und israelische Sichtweise der Ereignisse. Bereits im August 2024, so ein Bericht der *Times of Israel* von 28. August 2024, wurde die Vorführung des Dokumentarfilms *»Jenin, Jenin 2«* in Jaffa untersagt und der Kinobetreiber Abu Aristan wegen des Verdachts *»Störung der öffentlichen Ordnung«* drei Stunden lang von der Polizei verhört. In dem Film dokumentiert der palästinensische Regisseur Mohammad Bakri einen zweitägigen Militäreinsatz in Jenin (Westjordanland) vom Juli 2023, in dessen Verlauf 13 Palästinenser getötet und mehrere hundert unter der Anschuldigung des Terrorismus festgenommen wurden. Hier werden Zeugenaussagen dokumentiert und kommen auch Palästinenser, die bereits in dem 2002 gedrehten Dokumentarfilm *»Jenin, Jenin«* aufgetreten sind, zu Wort.

Ein Vorführverbot von *»Jenin, Jenin«*, der Film präsentiert die palästinensische Sichtweise des israelischen Militäreinsatzes *»Defensive Shield«* während der 2. Intifada und wurde deshalb von israelischer Seite angegriffen, ist 2003 durch den Obersten Gerichtshof aufgehoben worden. Das Gericht begründete dies mit der Kunst- und Meinungsfreiheit, die in der Verfassung garantiert sei. Die Klage eines Reserveleutnants vor dem Gericht in Lod hatte am 13. Januar 2021 Erfolg, der sich durch den Film verleumdet fühlte. Das Gericht verbot die Vorführung des Films, verfügte die Beschlagnahmung aller Kopien in Israel und sprach dem Kläger 40.000 Euro Schadenersatz zu. Unter Bezugnahme auf dieses Filmverbot wurde auch der Film *»Jenin, Jenin 2«* verboten.

Am 10. Oktober 2024 wurde in Jaffa die Vorführung des Dokumentarfilms *»Lyd«* durch eine ministerielle Verfügung untersagt. Der Film zeigt die Vertreibung der palästinensischen Einwohner von Lod (heute Lyd) im Jahr 1948 und die bis heute anhaltende Diskriminierung der verbliebenen Palästinenser. Der Dokumentarfilm wurde von dem palästinensischen Regisseur Rami Jounis und der amerikanischen Jüdin Sarah Ema Friedland gedreht und stützt sich auf bisher ungezeigtes Archivmaterial und aktuelle Interviews mit den Einwohnern Lyds. In der ministeriellen Verfügung heißt es, der Film zeige *»ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit«* und sei geeignet, *»Unruhen und Spannungen«* in einer ethnisch *»gemischten Gesellschaft«* zu erzeugen.

Die kritische Aufarbeitung der Vertreibungen 1948 im Kontext der Staatsgründung rührt an den Nerv des zionistischen Narrativs vom *»Volk ohne Land in einem Land ohne Volk«* und ist deshalb *»staatsgefährdend«*, aber noch gefährlicher ist die Kritik an der israelischen Armee, die sich selbst als die *»moralischste Armee der Welt«* darstellt. Insofern sind die Filmverbote als eine Maßnahme der inneren Aufrüstung dringend geboten. Meinungs- und Kunstfreiheit hin oder her.

HARTMUT LINDNER

»Das Leben geht weiter«

Flucht und Exil von Eberswalder Juden

Eberswalde (prest-ew/bbp). Im Rahmen der Ausstellung *»Ellen Auerbach und Lea Grundig – Zwei Künstlerinnen in Palästina«* berichtete am 29. März Ellen Grünwald von *»Al Tishkach – Spuren jüdischen Lebens in Eberswalde«* im Museum Eberswalde über das Alltagsleben jüdischer Familien vor und nach 1933, von mißlungenen Fluchtversuchen, dem Verlust der Heimat sowie vom Neuanfang der Eberswalder Juden in anderen Ländern.

Vor 1933 lebten etwa 500 Jüdinnen und Juden in Eberswalde. Sie waren Kaufleute, Ärzte, Rechtsanwälte, Hausfrauen, Schülerinnen und Schüler. Sie arbeiteten, engagierten sich in der Stadtpolitik, besuchten Konzerte und führten Gespräche mit den Nachbarn – ihr Alltag glich dem der nichtjüdischen Bevölkerung. Doch mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten änderte sich dies schlagartig.

Barbara Tsur aus Jerusalem ist die Enkelin von Louis Feintuch, der mit seiner Frau in der heutigen Friedrich-Ebert-Str. 13 ein Herrenmodegeschäft führte. Im anschließenden Gespräch schilderte Barbara Tsur die Flucht der Familie Feintuch – ihrer Mutter, ihrer Tante und ihrer Großeltern.

Rassismus im Barnim – Chronik 2024

Seit 2015 dokumentieren ehrenamtlich Aktive des Afrikanischen Kulturvereins Palanca e.V., der Barnimer Kampagne »Light me Amadeu« und anderer Bündnisse rechtsextreme und rassistische Vorfälle im Landkreis Barnim. Bei den rechten Vorkommnissen im Barnim listen wir aus Kapazitätsgründen nicht mehr jede Schmiererei mit Nazisymbolik oder Naziparolen auf.

Viele Fälle und Straftaten werden erst später oder zufällig bekannt, manche müssen umfangreich recherchiert werden, vermehrt möchten die Betroffenen nicht, daß ihre negativen Erlebnisse öffentlich (und damit *»reproduziert«*) werden. Somit erscheint unsere Chronik erst im Folgejahr.

SOS Rassismus Barnim betont: Schweigen und Desinteresse bei persönlichen oder staatlichen Diskriminierungen, bei Hetze und Gewalt schützen niemanden, wirken aber wie Zustimmung. Wer rassistische Vorfälle mitteilen oder sich mehr zur Überwindung von Rassismus engagieren möchte, melde sich gern bei uns. Für die Recherche rassistischer und rechtsextremer Vorfälle im Barnim auch vor 2015 suchen wir weiterhin Hinweise, Material und kurze Berichte.

Die aktuelle Chronik von SOS Rassismus Barnim für das Jahr 2024 ist seit dem 21. März, dem Internationalen Antirassismustag, im Internet zu finden: sos-rassismus-barnim.de/chronik.

Initiative SOS Rassismus Barnim

Kontakt: über Palanca e.V., Coppistraße 1, 16227 Eberswalde, eMail: rassismus.barnim@gmail.com, Telefon: 03334/3822563 (mit Anrufbeantworter)

Foto: Light Me Amadeu (2022)

Amadeu Antonio war das erste Opfer rassistischer Gewalt nach dem Beitritt der DDR. Er starb am 6. Dezember 1990 an den Folgen der brutalen Tat einer Horde, die zum »Neger klatschen« losgezogen war.

Der **Diskurs** *verschiebt sich nach rechts*

Mit Blick auf Rassismus war 2024 in Deutschland ein besonders erhellendes Jahr: Wahlerfolge der AfD bei den Europa- und Kommunalwahlen, den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg – trotz der teils gesichert rechtsextremen Ausrichtung dieser Partei. Dann der Bruch der Ampelregierung, der vorgezogene Bundestagswahlkampf im Winter mit der gezielten Fokussierung auf »Migration« und »Terror«. Gewalt gegen Frauen oder Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen waren da kein oder kaum Thema. Die immer radikaleren Pläne der Rechtsextremen bewirkten eine Atmosphäre, in der auch demokratische Parteien den Diskurs weiter nach rechts verschoben.

Zum Glück überwogen 2024 die demokratischen Kräfte, auch noch bei der vorgezogenen Bundestagswahl am 23. Februar. Trotz aller Skandale und Radikalisierung, trotz Parteiprogramm, das die meisten ihrer Wähler bei Umsetzung kraß enttäuschen würde, erzielte die AfD einen erneuten Zuwachs an Mandaten. Bei der Bundestagswahl kam sie in Thüringen auf 38,6 Prozent, in Sachsen 37,7 Prozent, in Sachsen-Anhalt 37,1 Prozent, in MV 35 Prozent und in Brandenburg 32,5 Prozent der Zweitstimmen. Auch im Barnim wählte ein Drittel die Rechten.

Rechtskonservative und Autokratie-Fans, darunter fast alle Vertreter der AfD, leugnen immer unverhohlener die menschengemachte Klimakrise – ohne sich noch die Mühe zu machen, ihre Argumente pseudowissenschaftlich zu untermauern.

Für Menschen, die Demokratie, Freiheit, Menschenwürde und die natürliche Mitwelt bewahren möchten, bedeutet dies, sich noch entschlossener an die Seite aller Betroffenen von rechtsextremen, rassistischen, sexistischen, antisemitischen oder queerfeindlichen Diffamierungen und Angriffen zu stellen. Laßt uns wachsam bleiben, aktiv demokratisch und solidarisch vernetzt für Gerechtigkeit und Ehrlichkeit eintreten.

Initiative SOS Rassismus Barnim

Der Präventivkrieger

Carsten Breuer, einst als *»der Coronageneral«* bekannt geworden, hat seitdem eine steile Karriere hinter sich. Inzwischen führt er als Generalinspekteur die Bundeswehr an.

Am 25. März hielt der deutsche Obergeneral im Rahmen der Sicherheitstagung des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) und der Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft (ASW) eine Rede. Breuer wiederholte, daß Rußland in 4 bis 7 Jahren in der Lage sei, die NATO anzugreifen. Das könne Rußland auch schon heute, da seine Waffensysteme moderner und den westlichen in vieler Hinsicht überlegen seien.

Dies allein begründet natürlich nicht, daß Rußland den Westen auch tatsächlich angreifen wird. Das weiß auch Carsten Breuer, der deshalb von *»Putins Machtstreben«* redet, das durch *»westliche Werte und demokratische Gesellschaften«* bedroht würde. Daher werde das Ende des Ukraine-Krieges nicht dazu führen, *»daß wir Frieden haben«*. Allen Soldaten sei klar, *»daß wir kämpfen können und gewinnen wollen, weil wir gewinnen müssen«*. Er hält daher Krieg und Aufrüstung für eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe. Es brauche die geballte militärische und zivile Kraft.

Dabei sagt Breuer *»Abschreckung muß nicht immer reaktiv sein, sie hat auch aktive Komponenten«*. Präventivkrieg nennt man das – wobei in der Vergangenheit die meisten Angreifer ihre Angriffskriege so bezeichneten.

Der Generalinspekteur vermeidet noch das Wort und spricht um den heißen Brei herum. Zugleich verwehrt sich Breuer dagegen, daß er Angst verbreite, denn: *»Nicht ich mache Angst, sondern der eine, der in Moskau sitzt. Ich versuche, einer der Guten zu sein«.*

Die Guten und die Bösen. Man fühlt sich in die Zeit der Kinderspiele zurückversetzt. Doch Breuer ist kein Kind. Sein Spielzeug ist eine hochgerüstete Armee. Bitte nehmt diesem gefährlichen Mann sein Spielzeug weg.

GERDA HENKEL

Verantwortlich

Solange wie ich denken kann,
Waren die Altparteien dran.
Wer bisher an der Tete war,
Trägt Verantwortung – völlig klar.
Der Zustand hier im Land,
ist jedermann bekannt.
Auch die Altparteien kennen ihn.
Vor der Wahl schärft sich ihr Sinn.
Die, die alles eingerührt,
Schwören uns jetzt wie geschmiert:
Daß sie demnächst alles besser machen.
Wer glaubt denn heut noch solche Sachen?
Frischer Wind müßte dringend her.
Sonst wird Veränderung sehr schwer.
Sonst bleibt es bei dem alten Trott.
Und führt direkt in den Bankrott.

RAINER KROBOTH

Ganzheitliche Ernährung (48)

Treiben Sie Sport? Könnten Sie sich vorstellen, damit (wieder) anzufangen? Gerade eben hat der Frühling begonnen. Die Tage werden länger und hoffentlich sonniger. Eine ideale Zeit, den Winterspeck zu verlieren.

Egal ist es, welchen Sport Sie treiben. Ob Sie nun joggen, walken, Fahrrad fahren, schwimmen, tanzen, oder... – wichtig ist, daß Sie Ihren Sport regelmäßig machen. Sie sollten nicht übertreiben. Die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt für jeden gesunden Erwachsenen 150 Minuten moderaten Sport pro Woche. Ziel sollte es sein, die Ausdauer und die Beweglichkeit zu verbessern. Durch regelmäßigen Sport kommt es auch zu einem Muskelwachstum. Dies erhöht den sogenannten Grundumsatz, da Muskeln mehr Kalorien verbrennen als Fettgewebe.

Sollten Sie vor dem Sport etwas essen? Das kommt darauf an. Wenn Sie nur eine kurze Runde joggen oder walken, können Sie darauf getrost verzichten, Ihre Glykogen-Speicher in der Leber und den Muskeln aufzutanken.

Für längeres und intensives Training sollten Sie die Energiereserven etwa 30 bis 60 Minuten vor Trainingsbeginn auffüllen. Gut eignen sich dafür getrocknete Datteln oder Feigen, auch Magerquark mit Früchten oder Granola.

Direkt vor der intensiven Sporteinheit sollten Sie auf Ballaststoffe verzichten, da der Körper für deren Verarbeitung im Verdauungssystem extra Energie aktivieren muß. Und Ballaststoffe können zudem noch unerwünschte Blähungen auslösen. Ebenso sollten Sie auf fettreiche Lebensmittel verzichten, da diese müde und schläfrig machen.

Bei Ausdauer-Sportarten wie Nordic Walking, langes Joggen oder auch bei Teamsportarten wie Fußball oder Handball, ist es vorteilhaft, verbrauchte Energie in den Wettkampfpausen nachzutanken, um Ihre Leistungsfähigkeit zu erhalten. Ideal hierfür sind Bananen, die wegen des Kaliums auch noch vor Krämpfen schützen können.

Wenn Sie zu den fortgeschrittenen und regelmäßigen Freizeitsportlern gehören, dann ist es sinnvoll, drei bis vier Stunden vor dem Training etwas zu essen. Diese Mahlzeit sollte zur Hälfte aus Kohlenhydraten wie z.B. Vollkornbrot oder Vollkornnudeln bestehen. Ein Viertel sollte eiweißreich sein, z.B. Fisch oder Linsen. Das letzte Viertel sollte aus möglichst kunterbuntem Gemüse und auch etwas Obst bestehen.

Und nach der Sporteinheit sollten die nun leeren Energie-Speicher mit vielen Kohlenhydraten aufgefüllt werden. So beugen Sie einer Unterversorgung der Muskeln vor. Geeignet hierfür ist z.B. eine Ofenkartoffel mit Quark, da diese leicht verdauliche Kohlenhydrate, ein wenig Fett und etwas Eiweiß bietet.

FALK HINNEBERG, (www.hinneberg.info)

Hilfe für Brandopfer

Eberswalde (bbp). Im Zusammenhang mit dem Brand in der Frankfurter Allee (BBP 3/2025) müssen die betroffenen Bewohner längere Zeit in Notunterkünften ausharren. Die AWO als Eigentümerin des Wohnhauses veranschlagt fünf Monate für die notwendigen Reparaturarbeiten. Viele Wohnungen müssen wegen der Wasserschäden infolge der Löscharbeiten von Grund auf saniert werden.

Während der Bauarbeiten müssen Möbel anderweitig untergestellt werden. Der nebenan wohnende Stadtverordnete Carsten Zinn hatte geraten, Kontakt zum Regionalen Förderverein aufzunehmen, der vor mehreren Jahren auch eine Filiale ihres im Leibnizviertel ansässigen Sozialkaufhauses im EKZ Heidewald betrieb. Auch Container-Wrensch, so Zinn, könne in der Coppistraße kurzfristig Lagerräume zur Verfügung stellen.

Foto: Jürgen Gramzow

Er wies zudem darauf hin, daß der AWO-Stadtverband zu Spenden aufgerufen habe (IBAN: DE53 19705 2000 3160 0133 23, Verwendungszweck: »*Spende Brandhilfe*«). Spenden sammelt auch die Hoeck-Stiftung, die im benachbarten AWO-Block sitzt (IBAN: DE97 1705 2000 0940 0360 96, Verwendungszweck »*Spende für die Opfer des Brandes*«).

Moorschutzprojekt nicht aufgeben

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Barnim setzt sich dafür ein, für das geplante Moorschutzgroßprojekt »*Niederoderbruch und unteres Finowtal*« einen neuen Anlauf zu starten. Dieses bedeutende Klimaschutzvorhaben mit großem Potential für die Entwicklung der Region sollte auf keinen Fall aufgegeben werden. Unter Einbeziehung aller relevanten Akteure, der Bevölkerung und in jeglicher Hinsicht Betroffener sollte ein Neustart erfolgen.

Das Niederoderbruch hat als eines der größten Niedermoorgebiete in Deutschland enorme Bedeutung für den Klimaschutz und die Klimaanpassung. Die in der Vergangenheit stark entwässerten Moorböden sacken immer weiter ab und setzen dabei große Mengen CO_2 frei. Diesen Prozeß zu stoppen und langfristig umzukehren, muß das Ziel des Projekts sein. Die landwirtschaftlichen Betriebe sollen dabei selbstverständlich einbezogen werden und am Ende von den Maßnahmen profitieren.

Das bisher von WWF, Nabu und Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin geplante Großprojekt, das mehrere Millionen Euro Fördermittel des Bundes in die Region bringen sollte, liegt derzeit auf Eis. Nach kontroversen Diskussionen in der Öffentlichkeit sprach sich der Kreistag Märkisch Oderland gegen das Projekt aus und die bereits beschlossene Kofinanzierung durch das Land Brandenburg ist im Moment gestoppt. Im Barnim wird sich der Umweltausschuß des Kreistages im Mai erneut mit dem Thema befassen.

Die bisherige Projektplanung sah zwei Projektphasen vor. In einer dreijährigen Planungsphase sollten zunächst alle Landnutzer und weitere Betroffene einbezogen und Umsetzungsmöglichkeiten eruiert werden. Erst wenn alle Auswirkungen auf Siedlungen, Infrastruktur, Hochwasserschutz und Landwirtschaftsbetriebe geprüft wurden, die Realisierungsmöglichkeiten klar und die notwendige Akzeptanz vorhanden sind, sollte die zehnjährige Umsetzungsphase beginnen.

Wir werben im Kreistag Barnim dafür, diese Chance nicht zu vertun. Die Landkreise Barnim und Märkisch-Oderland sowie das Land Brandenburg sollen mithelfen, den Prozeß neu zu starten. Für die Menschen, die in dieser reizvollen Region arbeiten und wohnen, müssen integrative Lösungen gefunden werden, die sowohl den Klima- und Umweltschutz als auch die landwirtschaftliche Nutzung und den Tourismus im Blick haben.

KATHARINA SCHREYER

Anzeige

GO med Personaldienstleistung GmbH
Arbeitsvermittlung
Ulf Lubke
Geschäftsführer
Anschrift Oderberger Str. 30 // 16244 Schorfheide
Telefon 03334 38 76 410
Fax 03334 38 76 420
Mobil 0173 86 49 218
E-Mail info@go-med-personal.de
Internet www.go-med-personal.de

GO med Personaldienstleistung GmbH
Wir unterstützen Sie bei der Job- & Personalsuche.

Mehr **Fördermittel** *für Wasserstoffbahn*

Basdorf (bbp). Im Dezember hatte die Niederbarnimer Eisenbahngesellschaft (NEB) neue mit Wasserstoff betriebene Züge in Dienst gestellt – und nach nur zwei Wochen den Betrieb wieder eingestellt. Es fehlte der Wasserstoff (BBP 2/2025).

Um diesem Problem abzuhelfen, erhielt das Unternehmen und seine Partner nun einen Nachschlag an Fördermitteln vom Land Brandenburg in Höhe von etwa 2,3 Millionen Euro. Die zusätzliche Unterstützung sei nötig geworden, *»da die aktuellen globalen Krisen und Lieferengpässe als Kostentreiber zum Zeitpunkt des Projektstarts nicht vorhersehbar waren«*. Daneben gab es einige technische Probleme bei der Betankung der Triebfahrzeuge, wie aus dem ersten Leitfaden mit Erkenntnissen aus der Betriebsvorbereitungsphase 2022-2024 hervorgeht, der auch als Broschüre vorliegt.[1]

Das Vorhaben mit Namen H2BAR kostet insgesamt 116 Millionen Euro, davon 25,3 Millionen Euro Bundes- und 21.4 Millionen Euro Landesförderung. Die NEB arbeitet dabei mit der Enertrag SE, den Kreiswerken Barnim, der Barnimer Busgesellschaft (BBG) und dem Verkehrsverbund Berlin Brandenburg (VBB) zusammen. Wissenschaftlich begleitet wird das Projekt H2BAR durch das Wasserstoff- und Speicherforschungzentrum der BTU Cottbus Senftenberg und dem Deutschen Zentrum für Luft und Raumfahrt e.V. (DLR).

»Mit der Erweiterung des Zuwendungsbescheids und der damit verbundenen Mittelerhöhung kann die NEB die notwendigen Voraussetzungen für den Betrieb ihrer Wasserstoffzüge schaffen«, sagt Sven Tombrink, Prokurist der NEB. *»Vor allem der Umbau des Betriebsgeländes in Basdorf ist für die Wartung und Instandhaltung der neuen Wasserstofffahrzeuge enorm wichtig. Moderne Fahrzeuge benötigen eine moderne Infrastruktur und die entsprechenden Ersatzteile samt Lagermöglichkeit.«* Diese Notwendigkeiten waren zum Zeitpunkt der ersten Inbetriebnahme im Dezember offensichtlich noch nicht bekannt.

Im Zuge der *»Sektorenkoppelung«* wollen auch die BBG und die Kreiswerketochter Barnimer Dienstleistungsgesellschaft (BDG) ihre Busse bzw. Abfallsammelfahrzeuge sukzessive auf Wasserstoffbetrieb umstellen und dafür auch eine eigene Tankinfrastruktur vorhalten. In Basdorf gibt es bereits eine Wasserstofftankstelle der Kreiswerke. Der benötigte Wasserstoff soll zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien stammen und regional erzeugt werden. Dieser Wasserstoff soll dann über die in Basdorf zu errichtende Tankinfrastruktur bereitgestellt werden. Wann das Wasserstoffwerk errichtet wird, ist nicht bekannt.

1 – www.yumpu.com/de/document/read/69891139/erfahrungen-im-rahmen-des-projekts).

PV-Freiflächenanlage in Klandorf:

Der Bürgerwille soll entscheiden!

Schorfheide (bbp). Im Ortsteil Klandorf plant die Dynna Solar Heidekrautbahn GmbH & Co. KG aus Königstein im Taunus die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage mit einer Flächengröße von 63 Hektar.

Der Klandorfer Ortsvorsteher Christoph Zarft hatte am 24. Februar die Einwohner zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Am Ende der Veranstaltung wurde ein Meinungsbild eingeholt, um zu erfahren, wie viele Klandorfer Bürger sich für und wie viele sich gegen den Bau des Solarfeldes aussprechen. Das Meinungsbild kam nach Auszählung zu folgendem, eindeutigem Ergebnis: 21 Einwohner (30%) stimmten für die Anlage und 48 (69%) dagegen. Ein Einwohner hatte sich der Stimme enthalten.

Von den 48 Gegnern der PV-Freiflächenanlage hatten 23 ihre Stimme in Form von schriftlichen Erklärungen abgegeben, weil sie an der Veranstaltung nicht teilnehmen konnten. Diese Stimmen wurden während des Abstimmungsprozesses durch Bevollmächtigte dem Ortsvorsteher übergeben. Bereits im vorigen Jahr hatte der damalige Ortsbeirat ein Meinungsbild eingeholt, das zu einem gleichen Ergebnis kam. *»Die eindeutige Ablehnung der PV-Freiflächenanlage durch die Klandorfer mag unterschiedliche Beweggründe haben, dies sollte jedoch keine Relevanz haben«*, meint Dr. Andreas Steiner von der Fraktion Frischer Wind für Schorfheide.

»Vielmehr sollte es eine demokratische Selbstverständlichkeit sein, nicht nur allein den Willen der Bürger gegen die Errichtung der Anlage zu respektieren, sondern diesem auch nachzukommen. Sollte dies nicht respektiert werden, so würde sich die berechtigte Frage stellen, weshalb dann überhaupt der Aufwand betrieben worden ist, wiederholt ein Meinungsbild einzuholen?«

Die Fraktion beantragte daher für die Sitzung des Schorfheider Hauptausschuß am 2. April, daß die Errichtung der PV-Freiflächenanlage in Klandorf abgelehnt werden soll. Das Ergebnis lag zum Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor.

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!
eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
Telefon: 03334/356542 (AB)

ZENAPA
Zero Emission Nature Protection Areas
Funded by Life

Die Klimaschutzrubrik (4)

Der Naturpark Barnim strebt in Zusammenarbeit mit dem Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin im Rahmen des EU-Projekts ZENAPA an, treibhausgasneutrales Großschutzgebiet zu werden. Deren Klimaschutzmanager JAN BUCHNER stellt vielfältige klimaentlastende Maßnahmen vor, die es jedem ermöglichen, aktiv zur Energiewende und damit zum Klima- und Naturschutz beizutragen. Nachfolgend weitere Informationen zum Heizen.

Solarthermie – Kraft der Sonne für warmes Wasser

Solarthermie nutzt Sonnenenergie zur Erzeugung von Warmwasser und Heizungsunterstützung. Die Installation wird von der KfW gefördert. Was ist Solarthermie?

Solarthermie-Kollektoren, die u.a. auf Dächern installiert werden, wandeln Sonnenenergie in Wärme um. Eine Wärmeträgerflüssigkeit zirkuliert in speziellen Absorberflächen und transportiert die Wärme zu einem Warmwasserspeicher oder einem Heizungspufferspeicher, wo sie über mehrere Tage gespeichert und bei Bedarf genutzt werden kann. Es gibt zwei Arten von Kollektoren: Flachkollektoren, die kostengünstiger sind und hauptsächlich für Warmwasser genutzt werden, und effizientere Röhrenkollektoren, die auch zur Heizungsunterstützung geeignet sind.

Da die Sonneneinstrahlung saisonalen Schwankungen unterliegt, muß eine Solarthermie-Anlage mit einem Heizsystem kombiniert werden, das in sonnenarmen Zeiten einspringt. Dies kann sowohl bei Neubauten als auch bei Bestandsgebäuden geschehen, z.B. durch Anschluß an Öl- oder Gasheizungen oder zentrale Holzfeuerungssysteme.

Vorteile von Solarthermie

Solarthermie ist umweltfreundlich, da sie den Bedarf an fossilen Brennstoffen reduziert und den CO2-Ausstoß verringert. Obwohl die Installation anfangs kostenintensiv ist, amortisieren sich die Ausgaben durch Energieeinsparungen. Zudem haben Solarkollektoren eine Lebensdauer von über 20 Jahren und sind wartungsarm.

Nächste Schritte

Bevor eine Entscheidung für eine solarthermische Anlage getroffen wird, ist es ratsam, sich von einem qualifizierten Fachmann beraten zu lassen. Dieser kann dabei helfen, die richtige Wahl zu treffen und Fragen zu Fördermöglichkeiten zu beantworten. Es empfiehlt sich, vorhandene Fördermöglichkeiten für eine Energieberatung zu nutzen.

Weitere Informationen sind auf der ZENAPA-Webseite verfügbar: www.zenapa.de.

Zum 80. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus:

Strukturen der Militärjustiz

Das Wehrmachtgefangenenlager Bernau (Teil 1)

1927 fragte Erich Kästner:
»Kennst Du das Land wo die Kanonen blühn?
Du wirst es kennenlernen.«

Wie recht Kästner hatte, konnte in den Folgejahren nachvollzogen werden. Militarisierung für den Feldzug in ein Großdeutsches Reich ohne Juden und Kommunisten, mit einer Volksgemeinschaft, die dem Führer folgt. Wohin? In die Entmenschlichung. In den Tod!

Dies vollzog sich in Etappen. 1933 – zu Beginn der Herrschaft der Faschisten – stand die Beseitigung der Opposition im Vordergrund. *»Inschutzhaftnahme«* der Hauptakteure, soweit man ihrer habhaft werden konnte. Hermann Göring, damals preußischer Innenminister und später Ministerpräsident, sah sich veranlaßt, darauf zu verweisen, daß jede Aktion auf der Basis der Reichstagsbrandverordnung eine rein polizeiliche Maßnahme sei. Ohne die Mitwirkung von Gerichten. Weggesperrt zur *»Erziehung«* in das KZ Alte Brauerei Oranienburg. Nach den Reichstagswahlen am 5. März 1933 ist der Weg frei zur uneingeschränkten Macht, notwendig für die Militarisierung der deutschen Gesellschaft.

Wesentlicher Mittäter war die Justiz. Es folgen das Wehrgesetz: *»Im Kriege ist über die Wehrpflicht hinaus jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau zur Dienstleistung für das Vaterland verpflichtet«*[1], die Militärgerichtsordnung, die Ausrichtung des Justizapparates als disziplinierendes innerstaatliches Instrument. Die Durchsetzung des Führerprinzips in allen Teilen der Gesellschaft. Aufrüstung zur *»Verteidigung«* des deutschen Volkes und des Reiches. Nie wieder den *»Dolchstoß in den Rücken«*. Wer in die Mühlen der Militärjustiz geriet, sah sich Militärgerichten gegenüber, die mit Militärrichtern und Anklägern besetzt waren. Oberster Gerichtsherr in den Divisionen war der jeweilige Divisionsbefehlshaber. Er bestätigte die Urteile, forderte andere Strafen oder ließ Gnadengesuche bearbeiten.

Höchster Gerichtsherr war der Führer. Ihm folgten in dieser Eigenschaft die Befehlshaber des Ersatzheeres, der Wehrmacht, der Luftwaffe und der Marine bis zur Befehlsebene Division und natürlich der SS. Dazu gehörte auch mancher unmittelbar oder mittelbar Beteiligter an den Attentatsvorbereitungen auf Hitler vom 20. Juli 1944, wie der Befehlshaber des Ersatzheeres General Friedrich Fromm, Chef der Heeresrüstung und des Ersatzheeres. Insofern war er der übergeordnete Gerichtsherr im Zusammenhang mit den Rechtssprechungen des Zentralgerichts des Heeres. Ihm unterstand das Allgemeine Heeresamt und damit auch die Heeresrechtsabteilung.

Nach dem Scheitern des Putsches vom 20. Juli 1944 ließ er Verschwörer hinrichten. Dennoch wurde Fromm vom Volksgerichtshof zum Tode verteilt – wegen *»Feigheit vor dem Feind«*, denn eine direkte Beteiligung am Attentat konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Am 12. März 1945 wurde er im Zuchthaus Brandenburg-Görden erschossen.[2]

Foto: Thomas Tobler

Ein Gebäude des Heeresbekleidungsamtes Bernau im Jahr 2015. Die Wehrmachtgefangenenabteilung befand sich auf dem Gelände des Nebenamts.

Fromm war einer der Hauptakteure der Kriegsrüstung und auch des Wirkens der Wehrmachtjustiz. Sein Vorgänger hatte 1936 in Zusammenwirken mit der Bernauer Stadtverwaltung an der Schwanebecker Chaussee und am Schönfelder Weg das zentrale Heeresbekleidungsamt zu errichten. Fromm führte das ab August 1939 weiter.

Laut einem Dokument vom 30. Dezember 1936 waren *»die Gemeinderäte der Stadt bezüglich dieser Baupläne in einer geheimen Beratung geschlossen der Ansicht, daß das Vorhaben von außerordentlicher Wichtigkeit für das Leben und die Entwicklung der Stadt ist.«*[3] Sogar 10.000 Reichsmark wollten sie bereitstellen, falls das notwendig sein sollte. Diese von Stadtinspektor Baute notierte Wertung ist der Begleitton in der deutschen Öffentlichkeit auf dem Wege in die Aggressionsvorbereitungen. Kriegstüchtig sagte man nicht, eher das Recht auf Verteidigung wahrnehmen.

Die Stadtverwaltung beschäftigte sich nun mit der Geländeübereignung und bald auch mit dem Straßen- und Wohnungsbau. Die Bauplanung wurde 1937 genehmigt und im September 1941 informiert das Heeresbekleidungsamt Berlin über die beginnende Einlagerung von Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken im Nebenamt Bernau.

Nun lagerten, produzierten und belieferten diese zentralen Heeresämter[4] an der Schwanebecker Chaussee und am Schönfelder Weg, die Einheiten des Ersatzheeres und die kämpfende Truppe. Gleisanschlüsse der Ämter zur Reichsbahnstrecke Berlin–Stettin hatte man ebenfalls verlegt.

Daß auf dem Gelände des Nebenamtes auch eine Wehrmachtgefangenenabteilung (WGA) Bernau errichtet worden war, es war ein Außenlager des Wehrmachtgefängnisses (WG) Anklam[5], blieb den Bernauern nicht verborgen. Das WG Anklam war eine Einrichtung wie die Wehrmachtgefängnisse Torgau-Brückenkopf und Fort Zinna, Germersheim, Glatz, Freiburg im Breisgau, Bruchsal und Graudenz. Zentral geführt wurden diese Gefängnisse im Allgemeinen Heeresamt von General z.b.V Eugen Müller, welchem das Heeresjustizwesen, so auch die Gruppe Strafvollzug unterstand[6], mit Außenlagern für den Einsatz der Insassen auf Baustellen, in Zeugämtern und Einrichtungen der Wehrmacht.

Das waren Einrichtungen, die jedoch nicht dem Strafvollzug dienten und auch kein Verbüßen von Haftstrafen vorsahen, sondern *»die verurteilten Soldaten zu einer inneren Einstellung und äußeren Haltung zu erziehen (hatte), daß sie für die Truppe in jeder Beziehung wieder verwendbar sind.«*[7] Über den Fristablauf der Strafverbüßung sollte nach Kriegsende entschieden werden.[8]

Die Häftlinge galten als durch die Justiz der Wehrmacht vorwiegend im Sinne Kriegssonderstrafrechtsverordnung (KSSVO) vom 17.8. 1939, wirksam ab August 1939, verurteilte Straftäter. Die Haft wurde durch die vom OKH erlassene Wehrmachtstrafvollzugsvorschrift (WStVzV) geregelt. Diese gab es schon seit 1937. Sie wurde 1941 aktualisiert.

Mehr zur Wehrmachtsjustiz in Aktion in der Mai-Ausgabe der *»Barnimer Bürgerpost«*.

KLAUS-DIETER JÄSCHKE

Quellen:
1 – Wehrgesetz vom 21. Mai 1935
2 – Wikipedia zu Friedrich Fromm
3 – Stadtarchiv Bernau bei Berlin: Niederschrift zur Beratung vom 31.12.1936
4 – Das Wehrmachtgefängnis Anklam Ulrich Baumann, Henrik Eberle, Magnus Koch, Andreas Wagner, Seite 104
5 – ebenda ab S. 57
6 – Das Allgemeine Heeresamt war dem Befehlshaber des Ersatzheeres unterstellt
7 – Merkblatt OKW 30.4.1942
8 – siehe OKH General z.b.V. Schreiben, Abschrift 2.7.1941 in Camo 500 12477 23 0154

Sozialistische Selbsthilfe Mülheim (SSM):

Das andere **Sondervermögen**

Gerade wurde ein fulminantes sogenanntes Sondervermögen (meint gigantische Schulden) von weit mehr als 1 Billion Euro vom alten Bundestag und Bundesrat verabschiedet. Über Sinn und Unsinn, über Chancen und Risiken dieser Mega-Schulden läßt sich trefflich streiten, auch in unserer kleinen SSM[1] haben wir da verschiedene Meinungen.

Im Rundbrief 330 des Aktionsbündnisses gegen Wohnungsnot und Stadtzerstörung weist Rainer Kippe auf die große Chance für den Bau von ausreichend preiswerten Wohnraum hin. Einig sind wir da sicherlich mit euch allen, daß es diese Chance zu nutzen gilt. Dazu braucht es unser aller Engagement.

In der nicht-geldlichen Welt von Selbstorganisation gibt es allerdings ein anderes, ein schuldenfreies Sondervermögen, nämlich das Vermögen von engagierten Menschen, sich für das gemeinsame Eigene von Häusern, Gebäuden, Land und Produktionsmitteln einzubringen, um sich gegen Lebenszerstörung zu wehren und Menschen in Not zu unterstützen. Dafür schaffen sich Menschen Zeit, indem sie sich dem Gelderwerb ein Stück weit entziehen. Dafür erlernen sie im fragenden Vorwärtsgehen ganz neue Fertigkeiten. Und sie wissen sich dabei in verschiedensten Formen zu organisieren, was auch eine ganz andere Effizienz jenseits von Markt und Staat hervorbringt.

Genannt seien beispielhaft die vielen Stunden von Muskelhypothek, um Häuser und Gebäude zu renovieren, zu restaurieren oder ganz neu zu bauen. Die vielen Stunden etwa auf Seawatch-Schiffen, um geflüchtete Menschen im Mittelmeer vor dem Tod zu retten. 800 Menschen besetzten in weißen Maleranzügen vor einigen Jahren aus Protest eine Braunkohlegrube im Rheinland. Alle pflanzen Hoffnung für eine ganz andere Vergesellschaftung als die der überholten Marktwirtschaften, welche alle die Konkurrenz schon in ihren Genen tragen.

In Zeiten von Bedrohung und gesellschaftlicher Spaltung zeigt auch unser SSM Tag für Tag, Jahr für Jahr, daß ein anderer Weg, eine andere Welt möglich sein kann. Wir nehmen ausgegrenzte, oft chancenlose Menschen einfach in unsere Mitte auf. Wir gehen mit ihnen zusammen durchs Leben und suchen dabei die täglichen Anforderungen konstruktiv zu bewältigen. In einem solchen Klima von gleicher Augenhöhe und tatkräftigem Anpacken zeigen sich wundersamerweise dann immer wieder verschüttete ungeahnte Kräfte bei etlichen unserer Mitglieder. Es kann überhaupt ein guter Weg sein, wenn wir alle uns in härter werdenden Zeiten mit unseren tollen Sondervermögen mehr zusammentun.

Das menschliche Sondervermögen mit- und füreinander und für eine globale solidarische Welt zeigt sich schon seit 2.000 Jahren, das stellte ich auf meiner CONTRASTE[2]-Reise zur *»Kirche der Befreiung«* fest.

Die vielen urchristlichen Gemeinden damals waren zugleich urkommunistische, die raus aus dem Privatbesitz wollten, die bereit waren, sich mit der darauf aufbauenden Macht anzulegen hin zu einer weltweiten Gesellschaft von Gütergemeinschaft, Gerechtigkeit und Fürsorge. Armut hatte darin keinen Platz. Seit nun schon 50 Jahren knüpft die Theologie der Befreiung insbesondere in Lateinamerika wieder in der Theologie der Befreiung daran an.

Wer die Resultate meiner *»Reise«* sichten möchte, lese gerne den CONTRASTE-Schwerpunkt als PDF[3].

Eine Unterstützung als Spende oder als Abonnement täte dem CONTRASTE-Projekt übrigens sehr gut, was selbst vom anderen Sondervermögen getragen wird, aber leider geldmäßig sehr dürftig aufgestellt ist. Zur Zeit gibt es in einer Frühlingsaktion gar noch zwei Pakete Zapatistas-Kaffee als Dankeschön dazu.

HEINZ WEINHAUSEN

Anmerkungen:
1 – Mülheim ist ein Stadtteil von Köln. In der »Barnimer Bürgerpost« berichten wir seit vielen Jahren in unregelmäßigen Abständen von dieser Intitiative, die im vorigen Jahr ihr 45jähriges Bestehen feiern konnte. (www.ssm-koeln.org)
2 – CONTRASTE – Zeitung für Selbstorganisation, (www.contraste.org). das Archiv der Zeitung ist hier: www.contraste.org/pdf-archiv
3 – magentacloud.de/s/sATDS6f8WtNJ2rg

Krieg ist kulturelle Niederlage

Wer von einer Befreiung spricht, passiviert sich und entledigt sich seiner Verantwortlichkeit. Das ist unreif und unsachlich.

Die kulturelle Niederlage durch den Zweiten Weltkrieg nicht anzuerkennen – das betrifft auch das restliche Europa westlich des ehemaligen Eisernen Vorhangs –, verhindert ihre Verarbeitung und führt zum intellektuellen und psychischen Entwicklungsstillstand.

Zur Räson erklärt, drängt die religionsartige Hemmung sich in alle Bereiche des Lebens und summiert die wiederholten Mißachtungen der im Zeitablauf zwangsläufig aufkommenden einzelnen Herausforderungen soweit auf, daß ein Realitätsverlust in der Breite des Seins entsteht.

Die Erhebung der Räson auf die staatliche Ebene transportiert den Realitätsverlust auch vertikal und schafft die Fähigkeit zum instanzlichen Denken ab. Damit wird das Subjektive zum Objektiven, die Meinung zur Geltung, die Infragestellung zur Ketzerei.

Die Individualität ist dadurch nur noch als Konformität denkbar, die Politik nur noch als Diktatur und Revolution, das Lernen durch Zweifeln wird durch Wechsel des Glaubens ersetzt. Die Evolution verliert sich als gedachte Möglichkeit, sogar eine Haltung der Gegenaufklärung wird am Ende unmöglich.

Das bringt die Gesellschaft kulturell in die Voraufklärung, welche wiederum prinzipiell die Religiösität selbstreferentiell einfordert.

Abgesehen vom folgenden Verlust der Wissenschaft als Ganzem, welcher Konsequenzen katastrophalen Ausmaßes haben dürfte – dieser Teufelskreislauf spaltet die Gesellschaft und kulminiert im schlimmsten Fall in einem 1618 in umgekehrter Richtung.

Meine Hoffnung zur Abwendung dessen ist, daß der Konflikt nicht nur entlang religiöser Grenzen besteht, sondern die Spaltung vor allem durch Widerstand, hoffentlich wachsendem, hoffentlich schnell wachsendem Widerstand aufgeklärten Denkens gekennzeichnet sein wird und dieser Widerstand erfolgreich die religiöse Spaltung wieder irrelevant werden läßt. Sonst stecken wir, wenn das Christentum gewinnt, ggf. wieder sehr lange, wenn der Islam gewinnt, ggf. für immer fest.

TILO WEINGARDT

Befreiung

Wer bezogen auf das, was vor 80 Jahren stattfand, von Befreiung spricht, bewertet damit ein historisches Ereignis. Damit passiviert man sich nicht und entledigt sich nicht seiner Verantwortlichkeit. Schon gar nicht ist das »unreif und unsachlich«.

Richtig ist, daß der Zweite Weltkrieg allein für sich genommen eine »kulturelle Niederlage« für die Menschheit bedeutete. Leider beläßt es Tilo Weingardt bei Andeutungen, ohne zu erläutern, was er damit meint, oder seine Aussagen gar zu begründen. Was will er uns sagen?

Statt diese Frage zu beantworten, folgt eine weitere Feststellung über eine »Räson«, die sich als »religionsartige Hemmung in alle Bereiche des Lebens« drängt. Von welcher »Räson« Tilo Weingarth spricht, erfahren wir leider nicht.

Der Beschreibung der Funktionsweise und der möglichen Folgen einer solchen Staatsräson durch Tilo Weingardt kann man hingegen zum Teil folgen. Ich verweise dazu auf meinen Artikel »Staatsräson« (BBP 8/2024, S. 2).

Hier den Begriff »Revolution« zu verwenden, paßt hingegen weder theoretisch noch praktisch.

GERD MARKMANN

Wandertips

von BERND MÜLLER

Mit dem Türmer durch die Stolper Geschichte

Sonntag, 13. April. Historische Führung durch Stolpe mit Dr. Ralf-Dietmar Hegel

Der Rundgang zur Geschichte und Gegenwart des Ortes Stolpe beginnt mit der Erkundung der romanischen Turmburg, die wahrscheinlich Ende des 12. Jahrhunderts von dänischen Herrschern erbaut wurde. Der *»Grützpott«* zählt heute zu den mächtigsten Wehrtürmen Europas. Pommern, Dänen und Brandenburger stritten sich um diese wichtige Grenzfeste. Weiter geht es zur Friedhofskapelle, zum Renaissanceschloß und zum Erbbegräbnis der Familie von Buch bis zum Betonwerk, das heute Kulturprojekten Platz bietet.

Treff: 13.30 Uhr, Parkplatz an der Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße, am Ende der Leopold-von-Buch-Straße, Angermünde Ortsteil Stolpe

Nordtour durch den Grumsiner Forst

Sonnabend, 19. April. Fürhung durch das UNESCO Weltnaturerbe mit Dr. Michael Luthardt, 6-8 km.

Der Forstwissenschaftler und ehemaliger Leiter des Komeptenzentrums Forst Eberswalde führt durch den wunderbaren Buchenwald und die Eiszeitlandschaft des Grumsiner Forsts, welcher als Unesco-Weltnaturerbe anerkannt wurde. Die Wanderung mit Erläuterungen wird circa 3 Stunden dauern.

Festes Schuhwerk wird dringend empfohlen. Für Kaffee und Kuchen wird gesorgt. Besuch des Atelier Louisenhof ist eingeplant.

Treff: 12.30 Uhr Bahnhof Angermünde, Bahnhofsplatz, 16278 Angermünde. Anmeldung unbedingt erforderlich, da maximal 30 Teilnehmer

Anmeldung unter 033 44 / 300 28 81, oderland@naturfreunde.de oder WhatsApp 0160/7500540. Gebühr (wenn nicht anders angegeben): 5 Euro, ermäßigt 2,50 Euro. Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

10 Jahre »Stadtradeln«

Eberswalde (prest-ew). Auch in diesem Jahr können sich alle Eberswalderinnen und Eberswalder auf ihr Fahrrad schwingen und gemeinsam für ein gutes Klima radeln. Vom 10. bis 30. Mai beteiligt sich die Stadt Eberswalde am *»Stadtradeln«*, einem Wettbewerb des Klimabündnisses, welcher dazu einlädt, alltägliche Wege mit dem Rad zurückzulegen und das Auto stehen zu lassen. Eberswalde ist zum bereits zehnten Mal dabei. Mitmachen kann jeder, der in Eberswalde wohnt, arbeitet, eine Schule besucht oder einem Verein angehört.

Registrieren kann man sich unter stadtradeln.de/eberswalde. Ab dem 10. Mai können die gefahrenen Kilometer dann über die Stadtradeln-App aufgezeichnet oder per Hand im Kilometerbuch eingetragen werden.

Reisebericht aus Senegal :

»Eine völlig andere Welt«

Wir sind in der Nacht zum 29. März im Senegal angekommen und wurden herzlich aufgenommen. Unser Gastvater unterhält sich mit mir und meinem Sohn auf Englisch, weil mein Französisch sehr schlecht ist. Wir bekamen das große weiche Ehebett und die Familie zog ins Kinderzimmer. Wie das aussah und wo sie da geschlafen haben, könnt ihr in meinen Beiträgen sehen, die ich regelmäßig auf Instagram (halbmond.projekt.afrika) und auf Tiktok (Perledessiegesundschutzes) poste.

Die Gastfreundschaft, die wir hier erfahren dürfen, ist mit unserer nicht zu vergleichen. Sowas gibt es in Deutschland nicht. Der Gastvater ist ehrlich besorgt um uns, paßt sehr auf uns auf und mahnt uns immer wieder zur Vorsicht, wenn wir das Haus verlassen. Viele Leute denken hier, wir seien reich, nur weil wir weiß sind. Wenn sie unfaire Preise verlangen, verteidigt uns die Familie und verlangt faire Behandlung.

Foto: Peggy Siegemund

Es ist nahezu perfekt, wie wir in die Familie einbezogen werden. Der älteste Sohn Mustafa ist 14, also ein Jahr älter als mein Sohn Tristan. Die beiden sind inzwischen gut befreundet. Sophia ist 9 Jahre alt und zwei Jahre älter als meine Teresa. Die beiden duschen immer zusammen und tauschen Klamotten, wie auf dem Foto, auf dem sie jeweils das Kleid der anderen tragen. Der Filius der Familie ist 2 und heißt Seny.

Für die Kinder haben wir einen kleinen schwarzen Kater besorgt, zum Tierarzt gebracht, entfloht und entwurmt. Jetzt spielen die Kinder mit ihm. Es ist hier völlig unüblich, Tiere mit ins Haus zu nehmen. Aber Sophia hatte sich auch ein Tier gewünscht. Und es wurde uns erlaubt.

Zur Zeit sind hier Ferien. Das heißt, die Kinder gehen noch nicht in die Schule. Erst am 10. April beginnen wir mit den geplanten Arbeiten in der Schule. Danach geht es auf das Feld, wo wir die Halbmondtechnik in Verbindung mit Permakultur praktisch anwenden wollen. Funktionieren wird all das nur, wenn die Menschen hier das selber machen und wollen. Wir können nur dabei helfen.

Es ist hier eine völlig andere Welt. Die Menschen haben wirklich nichts und wir teilen mein Harz IV mit ihnen. Wir haben unseren Gastgebern erstmal eine Matratze gekauft, damit die Kinder nicht auf dem blanken Boden schlafen müssen, und einen Kleiderschrank besorgt. Und unser Gastvater ist Lehrer an der hiesigen Schule, gilt also nicht als arm.

Ich danke dem kleinen Hilfsverein des *»Friendcircle Worldhelp«*, daß wir hier wenigstens etwas helfen können. Das reicht aber leider vorne und hinten nicht aus. Auch auf meine Spendenaufrufe wurde schon reagiert. Ein Bekannter, selber arm wie eine Kirchenmaus, spendete ein paar Euro.

Von den Reichen und Satten, die durch ihre Lebensweise letztlich für das Leid der Afrikaner verantwortlich sind, erwarte ich natürlich nichts. Aber ich erhalte ja durchaus viel Zuspruch von Leuten, die meine Berichte in den sozialen Medien oder die Berichterstattung in den verschiedenen Zeitungen lesen.

Diese Menschen haben gewiß auch ein bißchen Geld übrig, um ihren Zuspruch in praktische Hilfe umzumünzen. Auch Kleinspenden von 5 oder 10 Euro helfen. Hier können sie das tun: IBAN DE53 1705 2000 1110 4891 68, Kontoinhaber: Tristan Siegemund, Verwendungszweck: »Halbmonde«)

PEGGY SIEGEMUND

Japanisches Trommeln im Heidekrug

Am 12. April, kommt Tengu Daiko, eine Gruppe, die sich die traditionelle Taiko Trommelei aus Japan angeeignet hat, in den Heidekrugsaal nach Joachimsthal. Und ihre donnernden Taikos sind nicht das Einzige aus dem fernen Osten. Die Taikunedo Kids von der Joachimsthaler IMAFF Taikunedo Akademie e.V. zeigen, wie man sich im jungen Alter gut verteidigen kann. Außerdem treten die sportlichen Kämpfer vom Bujinkan Eberswalde auf, die vorführen, wie spektakulär Angriff und Verteidigung in Japan aussehen können.

Beginn ist 16 Uhr. Der Eintritt kostet 15 Euro für Erwachsene und 7 Euro für Kinder.

Und wer das japanische Trommeln auch selber ausprobieren möchte, hat am 13. April in zwei Mini-Workshops dazu die Gelegenheit.

RUTH BUTTERFIELD

Die Broschüre zur RL-Konferenz

Seit dem 29. März ist die Broschüre zur 30. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz im Einzelhandel erhältlich. Mehr als 3.000 Menschen lauschten konzentriert den Beiträgen oder streiften über die Märkte – an neuem Ort. Erstmals fand die Konferenz in den Wilhelm-Studios im Norden Berlins statt. Die Hallen einer ehemaligen Eisengießerei eigneten sich hervorragend, wie viele fanden.

In diesen Veranstaltungsräumen soll es am 10. Januar 2026 mit der 31. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz weitergehen, nach Möglichkeit in einem größeren Saal vor noch größerem Publikum.

Auf 84 Seiten finden Sie nun vorerst die wichtigsten Beiträge der Veranstaltung, die am 11. Januar 2025 unter dem Titel »Das letzte Gefecht – wie gefährlich ist der Imperialismus im Niedergang?« stattfand, zum Nachlesen. Schon für 5,90 Euro geht das Heft über die Ladentheke. Selbstverständlich ist es auch unter www.jungewelt-shop.de zu bestellen.

Lesen Sie in der Broschüre unter anderem: Clare Daly – Die Saat ist gelegt | Kwesi Pratt – Aufstehen gegen Neokolonialismus | Dietmar Dath – Die herrschende Klasse ist antihuman | Peter Mertens – Im Niedergang | Podiumsdiskussion – Wie stoppen wir die Aufrüstung in Deutschland? | Georg Rashmawi – Völkermord vor den Augen der Welt

Bleiben Sie informiert mit dem Newsletter und besuchen Sie die 31. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz am 10. Januar 2026!

RLK-Vorbereitungskollektiv (junge Welt)

Ina Seidel im »Buchlädchen«

»Zu der alteingesessenen Bevölkerung, in die auch die im 17. und 18. Jahrhundert hier angesiedelten Familien aufgegangen waren, war inzwischen durch die Entwicklung der Industriewerke und die Gründung der Forstakademie noch Zuwachs aus der Arbeiterschaft und akademischen Berufen gekommen. Außerdem hatte der märkische Adel die Stadt als Pensionopolis entdeckt und war mit vielen alten Namen vertreten. Es gab gute Schulen, eine vorzügliche Buchhandlung, deren Inhaber zu der bekannten Familie Langewiesche gehörte, und allerlei Kulturveranstaltungen.« (Ina Seidel *»Lebensbericht 1885 - 1923«*, hier ausTeil 3 *»Zwischen Berlin und Chorin, Eberswalde 1914-1923«* zitiert)

Die Schriftstellerin Ina Seidel lebte von 1914 bis 1923, in der Zeit, als ihr Mann Heinrich Wolfgang Seidel eine Pfarrstelle an der Maria-Magdalenen-Kirche bekleidete, in Eberswalde.

Der oben zitierte Ausschnitt aus dem 1970 erschienenen *»Lebensbericht«* markiert ihren ersten Eindruck von der Stadt im Jahr 1914, in der auch die Musik nach ihren Worten eine Stätte in Maria-Magdalenen hatte und ein wohlgeschulter Chor zunächst unter der Anleitung des hochbegabten Musikers Rögely stand, dann aber bald von dem jungen Eberswalder Organisten Ulrich Grunmach übernommen wurde.

Die ersten Buchveröffentlichungen Ina Seidels erschienen während der Jahre in Eberswalde, Gedichtbände, die erste Novelle. Und mit *»Das Labyrinth«*, einem Buch über Georg Forster, hatte sie in dieser Zeit ihr Romandebüt. Auch die ersten Skizzen zu ihrem wohl berühmtestes Buch *»Das Wunschkind«*, welches 1930 erschien und eine Millionenauflage erzielte, wurden in Eberswalde angelegt.

Ihr Sohn Georg Seidel wurde 1919 in Eberswalde geboren und machte sich später vor allem unter dem Pseudonym Christian Ferber als Schriftsteller und Journalist einen Namen. Er arbeitete ab 1954 lange Jahre für DIE WELT, davon später viele Jahre als ihr Londoner Korrespondent. Zweimal erhielt er den renommierten Theodor-Wolff-Preis für herausragende journalistische Beiträge. Auch war er nach dem Krieg einer der Gründungsmitglieder der *»Gruppe 47«*. Wer Interesse hat, ein wenig in diesen hier nur ganz kurz angedeuteten Kosmos einzusteigen: Im *»Buchlädchen«* der Galerie Fenster haben wir antiquarisch einige Exemplare des Lebensberichtes von Ina Seidel, in welchem u.a. auf 80 Seiten ein faszinierendes Eberswalder Zeitbild von vor gut 100 Jahren gezeichnet ist.

UDO MUSZYNSKI

Frohe Ostern

In diesem Jahr zum Osterfest,
Da liegt ein tolles Ei im Nest.
Das Ei es ist milliardenschwer.
Friedrich und Lars wünschen es sich sehr.
Für Klimaschutz wurde ein Happs versprochen.
Die Grünen sind zu Kreuz gekrochen.

Nun kann die Wirtschaft endlich starten,
Nichts braucht mehr länger warten.
Schulen, Brücken, Straßen, Kliniken und Gleise,
Saniert man jetzt auf schnelle Weise.

Daß alles das auf Pump geschieht,
Gar mancher dabei übersieht.
Sondervermögen sind leider Schulden.
Spätere Generationen haben das zu dulden.

Neben den gigantischen 500 Milliarden,
Weitere unbegrenzte Kosten auf uns warten.
Für Verteidigung, sprich Krieg, ist nichts zu teuer.
Ich finde es einfach ungeheuer.

Das Ei wird schwer im Magen liegen.
Kommt es zum Krieg - Wer wird dann siegen?
Mit dem Sanieren könnt ihr ja noch warten.
Nach dem Krieg ist wohl erneut zu starten.

RAINER KROBOTH

Buchtip:

Wo es die DDR noch gibt

Schon drei Jahrzehnte existiert die DDR nicht mehr. In Berlin zeigen sich zunehmend weniger Plätze, an denen sie noch spürbar ist. Doch wenn man genau hinschaut, dann sieht man sie – die großen und die kleinen Orte – an denen die Zeugnisse ostdeutscher Geschichte noch zu sehen sind.

Läden, Gebäude, Straßenmöbel, kulturelle Einrichtungen, alte Werbeschilder, Gaststätten, Galerien, öffentliche Einrichtungen – viele Orte, die sich ihr spezielles DDR-Ambiente bewahrt haben, sind in üblichen Reiseführern kaum zu finden. Darunter schöne Orte und solche des Schreckens, skurrile Orte und Orte, deren besonderen Charakter man vielleicht erst heute erkennt. Dieser handliche Stadtführer im praktischen Taschenformat zeigt 66 Stätten in Berlin, an denen die DDR noch spürbar ist. Orte die es zu entdecken gilt. Manche davon werden vermutlich noch verschwinden, andere werden zu Denkmälern werden. Wieder andere sind heute schon zu Kult-Orten geworden.

Ein Lesebuch und Reiseführer in einem, mit vielen historischen und aktuellen Fotos. Mit seinen Adressen und Beschreibungen soll dieses Buch helfen, Orte mit dieser speziellen Architektur und dem Design der DDR-Zeit aufzuspüren.

Passend zum Buch bietet der Autor auch eine Führung durch Ostberlin an, die einen Teil der im Buch vorgestellten Gebäude erklärt. Die Führung beginnt am Alexanderplatz und endet im Restaurant Volkskammer an der Straße der Pariser Kommune. Pro Person kostet die Führung 10 Euro. Sie dauert 2 Stunden.

Dirk Engelhardt: »Berlin – Wo es die DDR noch gibt«, Verlag Via Reise, 1. Auflage 2018, ca. 90 historische und aktuelle Fotos, 144 Seiten, broschiert, 12,95 Euro, ISBN: 978-3-945983-53-9

Frühjahrsputz »Sauberswalde«

Eberswalde (prest-ew). Der Frühjahrsputz startete am Freitag, dem 4. April, im Brandenburgischen Viertel. Weiter ging es dann am 5. April an vier weiteren Standorten: In der Innenstadt, der Drehnitzwiese, in Finow sowie dem Leibnizviertel. Am Sonnabend bot der Alnus e.V. ab 12.30 Uhr im Innenhof des HNEE-Stadtcampus die Gelegenheit, den Tag feierlich bei selbstgebackener Pizza aus dem Holzofen ausklingen zu lassen.

Reichtum *für den Garten*

Am 11. Mai findet auf dem Gewächshausgelände des Forstbotanischen Gartens der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) Am Zainhammer 5 in der Zeit von 10 bis 17 Uhr der Tag der Sortenvielfalt statt.

Zum 16. Mal treffen sich Gärtner und Händler zu einem bunten Pflanzenmarkt rund um das Gewächshaus des Forstbotanischen Gartens der HNEE, um eine große Vielfalt alter und neuer Nutzpflanzen sowie samenfestes Saatgut anzubieten. Veranstaltet wird der Tag vom Forstbotanischen Garten der Hochschule für nachhaltige Entwicklung und der Stiftung WaldWelten. Er findet in Kooperation mit dem VERN e.V. aus Greiffenberg, der Stadt Eberswalde und vielen weiteren Mitwirkenden statt.

Wer seltene Gemüsesorten und heimische Krautpflanzen für den Garten sucht, ist hier genau richtig. Nach dem Motto *»Erhalte die Vielfalt«* kann man an diesem Tag unter anderem Pflanzenraritäten sowie wilde und heilende Kräuter erwerben. Neben der Beratung von Experten an den einzelnen Marktständen gibt es auch Informationen zu verschiedenen Themen wie z.B. welche Obstbäume auf unseren trocken-sandigen Böden gut gedeihen, zur Vielfalt der Walnußsorten, die für den Anbau in unseren Regionen geeignet sind oder zur Herstellung von Sauerkraut.

Ein buntes Kinderprogramm mit Strohhüpfburg, Slackline, Musik-Mobil für Kinder mit Johannes Oster sowie kulinarische Köstlichkeiten von regionalen Anbietern laden zum Verweilen ein. Es wird eine musikalische Umrahmung durch Künstler aus der Region und eine Aufführung des Kinderzirkus *»Hand in Hand«* unter Leitung von Janana Klemm geben.

VERONIKA BRODMANN

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- ❑ zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- ❑ Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 Euro)
- ❑ ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 Euro)
- ❑ Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 Euro = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- ❑ Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 Euro = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit monatlich. Doppelausgaben für zwei Monate sind möglich. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige.
Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 10 Euro pro Jahr** erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle ❑ per Lastschrift ❑ per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum, Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift

❑ Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

❑ Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung dieses Angebots)

Coupon senden an: *Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde (Bestellmöglichkeiten per Telefon und eMail siehe Impressum)*

Was ist die BBP?

Als sich 1995 der Barnimer Bürgerpost e.V. gründete formulierten wir als Satzungszweck, uns *»aktiv an der Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim zu beteiligen und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern«*. Unsere Zeitung sollte und soll der Kommunikation dienen. Eine Zeitung der Leserinnen und Leser. Nicht von kommerziellen Interessen eines Verlages bestimmt oder abhängig vom Wohlwollen einzelner Anzeigenkunden oder Geldgeber.

Mit dem Verein konnten wir einige organisatorische Bedingungen gewährleisten. Er garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion und bildet den Organisationsrahmen. Die Inhalte der Barnimer Bürgerpost werden entsprechend den Publizistischen Grundsätzen von unseren Lesern bestimmt. Die Barnimer Bürgerpost stellt darüber hinaus eine Art soziales Experiment dar, das über die Warenproduktion als bestimmende Form menschlicher Tätigkeit hinausweist.

Die materielle Hülle trägt Warencharakter. Papier, Druck und Verteilung müssen bezahlt werden. Die BBP muß also wie jede andere Zeitung verkauft werden. Die Akzeptanz des Warencharakters der *»materiellen Hülle«* ist Möglichkeit und Bedingung für die inhaltliche Unabhängigkeit. Unsere Autorinnen und Autoren nutzen die angebotene Warenhülle, um sich mit ihren Texten selbst zu verwirklichen und den anderen ihre Information, ihr Wissen, ihre Meinungen zur Verfügung zu stellen. Ähnliches gilt für die ehrenamtliche Redaktions- und Verteiltätigkeit. Als Gratisgegenleistung genießen sie wie alle anderen, die die BBP lediglich passiv nutzen, die Produkte der Selbstentfaltung der anderen.

Klar, manchmal reiben sie sich auch daran, was aber auch nicht schlecht ist.

impressum

***heraus*geber:** Barnimer Bürgerpost e.V.
***an*schrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
***tele*fon:** (0 33 34) 35 65 42 (AB)
***e*Mail:** redaktion@barnimer-buergerpost.de
***inter*net:** www.barnimer-buergerpost.de
***redak*tion:** G. Markmann (viSdP), T. Tobler
***drucker*ei:** Grill @ Frank · (0 33 34) 25 94 088
***redaktions*schluß:** 2. April 2025

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODEBB. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1. Januar 2023. Abopreise (12 Ausgaben): Normalabonnement 9 Euro, ermäßigt 3 Euro, Förderabo ab 12 Euro.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 1. Mai 2025.